

Haushaltswurf 2011

- Kurzfassung vom 23.03.2011 -

1) Es gilt vom Grundsatz her der Vorlagebericht vom 14.03.2011 unverändert weiter. Der durch die Beratungsergebnisse neuerlich erforderliche Haushaltsausgleich wurde über Veränderung der Zuführung vom Verwaltungshaushalt sowie Rücklagenentnahmen/ Rücklagenzuführungen herbeigeführt.

2) Neues Volumen

	Verwaltungs- haushalt	Vermögens- haushalt	Insgesamt
2011	41.077.490 €	14.842.270 €	55.919.760 €
2010-2014	195.105.330 €	60.453.105 €	255.558.435 €

Mit diesem Volumen ist die Grenze des finanziell Machbaren und personell umsetzbaren erreicht.

3) Unabweisbare Änderungen erfolgen im Laufe des Jahres soweit möglich außerplanmäßig/überplanmäßig oder bei Bedarf durch Nachtragshaushalt.

4) Eckdaten Haushalt 2011

keine Steuererhöhung	0,00 €
keine Kürzung von freiwilligen Leistungen	0,00 €
Zuführung an Vermögenshaushalt	2.300.000 €
Mindest-Zuführung	1.766.500 €
Schlüsselzuweisungen (2010 ca. 2,77 Mio. €)	4.779.000 €
Kreisumlage (2010 ca. 7,58 Mio. €)	6.070.000 €
Gewerbsteuer (RE 2009 ca. 4,3 Mio. €, RE 2010 ca. 9,6 Mio. €)	7.000.000 €
Einkommensteuer (2010 ca. 6,26 Mio. €)	6.178.000 €
Baumaßnahmen und Investitionszuschüsse	rd. 12.187.000 €
Zuschüsse von Bund und Land	rd. 7.427.000 €
Veräußerung von Grundstücken u. bewegliches Vermögen	rd. 695.000 €
Kreditaufnahmen	1.750.000 €
Kredittilgungen	1.766.500 €
Rücklagenentnahmen	1.551.670 €

5) Entwicklung der Zuführung 2011

Zuführung an den Vermögenshaushalt	2.300.000 €
Mindestzuführung (Tilgungsleistungen)	1.766.500 €
Freie Finanzspanne	533.500 €

6) Rücklagenentwicklung

Rücklagenstand per 31.12.2009	rd. 5.479.155 €
Rücklagenstand per 31.12.2010	rd. 5.479.155 €
Rücklagenstand per 31.12.2011	rd. 3.927.485 €
Rücklagenstand per 31.12.2012	rd. 3.508.085 €
Rücklagenstand per 31.12.2013	rd. 3.926.585 €
Rücklagenstand per 31.12.2014	rd. 4.190.585 €

Mindestrücklage zur Zeit rd. 350.000 €

Der Rücklagenbestand ab 2012 ist nur fiktiv, da er sich durch künftige unabweisbare Ausgaben sowie eventuelle Einnahmeausfälle entsprechend reduziert.

7) Schuldenentwicklung

Schuldenstand per 31.12.2010 (incl. 2,0 Mio. € HER)	17.511.840 €
Schuldenstand per 31.12.2011	17.495.340 €
Schuldenstand per 31.12.2012	17.428.690 €
Schuldenstand per 31.12.2013	16.566.650 €
Schuldenstand per 31.12.2014	16.447.990 €

Nettoneuverschuldung 2011-2014 - 1.063.850 €

Der Schuldenbestand wird sich ab 2012 bei Aufnahme neuer und unabweisbarer Ausgaben sowie eventueller Einnahmeausfälle entsprechend erhöhen.

Zusammenfassung der Finanzsituation der Stadt

1) Haushaltsjahr 2011

- die Mindestzuführung wird voll erwirtschaftet (Zuführung 2,3 Mio. €, Mindestzuführung 1,766 Mio. €)
- es wird eine freie Finanzspanne von rd. 0,5 Mio. € erreicht
- die Nettokreditaufnahme liegt bei 0 (Aufnahme 1,75 Mio. €, Tilgung 1,766 Mio. €)
- die Rücklagenentnahme fällt bei einem Bestand von 5,4 Mio. € mit 1,55 Mio. € relativ moderat aus
- wir verhalten uns antizyklisch, indem die Investitionen entsprechend zurückgefahren werden (Volumen 2010 rd. 21,7 Mio. €, Volumen 2011 rd. 15 Mio. €)
- die dauernde Leistungsfähigkeit ist bis Ende 2014 im Finanzplan nachgewiesen (Rücklagen dann noch 4,2 Mio. €, Schulden bei rd. 16,5 Mio. €)

Der Haushaltsentwurf des Jahres 2011 erfüllt somit die gesetzlichen Voraussetzungen und die von der Verwaltung selbst gestellten Anforderungen.

Dies alles wird erreicht ohne Steuererhöhungen und ohne Kürzung der freiwilligen Leistungen.

Dafür konnten allerdings nicht alle wünschenswerten Vorhaben in den Haushalt 2011 bzw. die Finanzplanung aufgenommen werden.

2) Haushaltsjahr 2012 bis 2014

Die Schwankungen zwischen den fetten Jahren und den mageren Jahren sind systembedingt (2012 Verschlechterung, 2013 Verbesserung, 2014 Verschlechterung). Dem wird soweit möglich über die Rücklage bzw. durch Kreditaufnahmen und Reduzierung der Investitionen gegengesteuert.

Risiken

Siehe Vorlagebericht von 14.03.2011 (gilt unverändert weiter).

Fazit

Siehe Vorlagebericht vom 14.03.2011 (gilt unverändert weiter).

Schlussfeststellungen

1. Die Finanzlage der Stadt ist geordnet
2. Der gesetzliche Haushaltsausgleich ist gegeben durch Rücklagenentnahmen
3. Die finanzielle Leistungsfähigkeit bis zum Jahre 2014 ist in der vorgelegten mittelfristigen Finanzplanung nachgewiesen
4. Der Haushalt mit mittelfristiger Finanzplanung ist daher genehmigungsfähig

Verpflichtungsermächtigungen für den Haushalt 2011

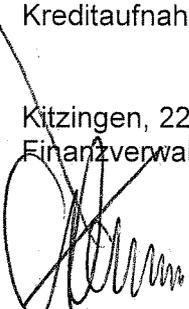
Verpflichtungsermächtigungen berechtigen dazu, Verpflichtungen einzugehen, die nicht in diesem Haushalt, sondern erst in den folgenden Haushaltsjahren kassenwirksam werden.

Verpflichtungsermächtigungen ermöglichen also das zeitgerechte Vergeben von Aufträgen zu Lasten kommender Haushaltsjahre.

HSt.	Gesamter- mächtigung €	Finanzplanungsjahre		
		2012 €	2013 €	2014 €
5900 9583	80.000	80.000	0	0
6101 9590	680.000	390.000	230.000	60.000
6309 9501	2.640.000	1.500.000	700.000	440.000
6482 9560	75.000	75.000	0	0
6501 9503	150.000	150.000	0	0
6501 9504	100.000	100.000	0	0
7181 9680	670.000	550.000	120.000	0
	4.395.000	2.845.000	1.050.000	500.000

nachrichtlich:	€ 2011	€ 2012	€ 2013	€ 2014
Kreditaufnahmen	1.750.000	1.800.000	1.000.000	1.500.000

Kitzingen, 22.03.2011
Finanzverwaltung


Rodamer
Stadtkämmerer

H a u s h a l t s r e d e
von Oberbürgermeister Siegfried Müller

Haushaltsplan 2011

Haushaltsverabschiedung 31. März 2011

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrats,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,

unsere Zeit ist äußerst schnelllebig. Gefühlsmäßig hatten wir doch erst den Haushalt 2010 verabschiedet. Nunmehr steht bereits die Verabschiedung des städt. Haushaltsplanes für das Jahr 2011 an und man fragt sich erstaunt, wo die Zeit geblieben ist.

Man fragt sich außerdem, ob im Jahre 2010 die Prognosen hinsichtlich der Finanzsituation der bayer. Kommunen eingetroffen und ob insbesondere die Annahmen zur Finanzsituation 2010 der Stadt aufgegangen sind.

Wie wird das Rechnungsergebnis 2010 aussehen und wie wirkt sich dies auf den städt. Haushaltsentwurf 2011 aus?

Wird sich die Finanzsituation der Stadt ab 2011 verbessern?

Hierzu folgende Antworten:

Die Kommunen stecken immer noch in einer schweren Finanzkrise und mussten in 2010 mehr Geld ausgeben als sie eingenommen haben. Durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz und die Segnungen der Unternehmenssteuerreform müssen sie auf erhebliche Steuereinnahmen verzichten. Gleichzeitig nimmt der Umfang der kommunalen Aufgaben von Jahr zu Jahr kräftig zu. Die Kommunen kommen aus diesem Teufelskreis nur dann heraus, wenn der Freistaat endlich das Konnexitätsprinzip anwendet.

Bei dieser Gelegenheit darf ich außerdem nochmals die Wichtigkeit der Gewerbesteuer für den städt. Haushalt herausstellen. Ich bin mir deshalb vollkommen einig mit dem Vorsitzenden der Bayer. Städtetages, Herrn Oberbürgermeister Schaidinger mit seiner Forderung "Hände weg von der Gewerbesteuer". Für die Gewerbesteuer gibt es keinen tragfähigen Ersatz.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

der Stadt Kitzingen ging es erfreulicherweise im Jahre 2010 und geht es im Jahr 2011 etwas besser als vielen anderen bayerischen Städten und Gemeinden.

Ein Blick auf das vorläufige Rechnungsergebnis 2010 der Stadt gibt zwar keinen Anlass zum Frohlocken. Es überwiegt jedoch die Erleichterung, dass es nicht so schlimm gekommen ist, wie zu befürchten war.

Das für die Stadt befürchtete Negativ-Ergebnis ist für das Jahr 2010 nicht eingetreten. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Gewerbesteuer aufgrund von Nachholungen aus Vorjahren rd. 4,8 Mio. € mehr als veranschlagt in die Kasse brachte. Dazu kommen noch einige einmalige positive Faktoren, die in den kommenden Jahren fehlen werden. Die Verbesserungen des Jahres 2010 helfen uns jedoch, die nachfolgenden Finanzplanungsjahre mit mehr Substanz als erwartet angehen zu können.

Sehr geehrte Damen und Herren,

nunmehr komme ich zu unserem Haushaltsentwurf für das Jahr 2011. Ich lege heute den von Ihnen in 4 Stadtratssitzungen vom 14.03.2011 - 17.03.2011 ausführlich beratenen Entwurf vor. Die von Ihnen gefassten

Mehrheitsbeschlüsse sind eingearbeitet. Der neuerlich erforderliche Haushaltsausgleich wurde über die Veränderung der Zuführung vom Verwaltungshaushalt sowie über Rücklagenentnahmen/Rücklagenzuführungen herbeigeführt.

Wie jedes Jahr werde ich auch heute auf das Vortragen endloser Zahlenreihen verzichten. Vielmehr verweise ich auf den ausführlichen Vorlagebericht unseres Kämmerers Klaus Rodamer vom 14.03.2011 und auf seinen heute vorgetragenen Kurzbericht mit den endgültigen Zahlen.

Der vorberatene Haushaltsentwurf 2011 erwirtschaftet die Mindestzuführung als wichtigstes Kriterium der dauernden finanziellen Leistungsfähigkeit in vollem Umfang. Zusätzlich wird eine freie Finanzspanne von rd. 0,5 Mio. € erreicht. Die Nettokreditaufnahme beläuft sich auf 0. Die Rücklagenentnahme fällt bei einem Bestand von z. Zt. rd. 5,4 Mio. € mit 1,5 Mio. € relativ moderat aus. Dies alles ist auf die erhoffte hohe Gewerbesteuerereinnahme 2011 sowie die niedrige Basisumlagekraft des Jahres 2009 zurückzuführen.

Meine Damen und Herren,

der Haushaltsentwurf des Jahres 2011 erfüllt somit die gesetzlichen Voraussetzungen sowie die von der Verwaltung selbst gestellten Anforderungen.

Das alles wird erreicht ohne Steuererhöhungen und ohne Kürzung der freiwilligen Leistungen. Die Steuerhebesätze bleiben bei uns weiterhin stabil. Wir heben uns hier positiv und wohltuend von vergleichbaren Städten unserer Größenordnung ab. Wir sehen darin ein besonderes

Signal an unsere heimischen Gewerbetreibenden und darüber hinaus für ansiedlungswillige Neuunternehmen. Deshalb mein Vorschlag, bleiben sie als Unternehmen in Kitzingen bzw. kommen sie neu nach Kitzingen. Sie werden es nicht bereuen.

Die sogenannten "freiwilligen Leistungen" z. B. in den Bereichen Sport, Kultur, Soziales, Vereinswesen haben sich in den letzten Jahren faktisch zu Pflichtaufgaben gewandelt. Ohne die unentgeltliche Mithilfe der vielen Freiwilligen und Ehrenamtlichen geht es schon lange nicht mehr und eine Kürzung der städt. Leistungen in diesem Bereich hätte unabsehbare und fatale Folgen. Ich bin deshalb überzeugt, dass die Mittel für die freiwilligen Leistungen sehr gut angelegt sind.

Meine Damen und Herren,

lassen sie mich nunmehr einige besondere Gesichtspunkte unseres Haushalts 2011 herausheben.

Im Bereich der laufenden Ausgaben des Verwaltungshaushalts halte ich es für mehr als bemerkenswert, welche erheblichen finanziellen Leistungen hier jährlich von der Stadt für ihre Bürger erbracht werden, so z. B. für die Bereiche

Schulen (Sachaufwand)	rd. 1,5 Mio. €
Kultur (und kulturelle Einrichtungen)	rd. 2,3 Mio. €
Soziales (Kindergärten, Krippen, Horte, Jugendpflege, Soziale Einrichtungen usw.)	rd. 3,3 Mio. €
Sport (Sporteinrichtungen, Förderung des Sports)	rd. 0,7 Mio. €

Darüber hinaus wird im Bereich der Investitionen im Jahre 2011 und im Finanzplanungszeitraum bis 2014 eine Vielzahl von Maßnahmen beendet, fortgesetzt und neu begonnen.

Es wird ein äußerst anspruchsvolles Programm mit verschiedenen Leuchtturm- und Impulsprojekten finanziert, welches die Entwicklung unserer Heimatstadt nachhaltig und positiv voranbringen und noch vorhandene Schwächen in der Infrastruktur beseitigen wird.

Folgende zielgerichtete Maßnahmen seien herausgegriffen:

Hauptschule Siedlung

Hier erfolgt beginnend ab dem Jahre 2011 die energetische Sanierung sowie die Generalsanierung insbesondere im Brandschutzbereich als konsequente Fortsetzung der mit der Generalsanierung der D. Paul-Eber-Schule und der energetischen Sanierung der Friedrich-Bernbeck-Schule begonnen umfangreichen Schulsanierungen.

Kinderkrippen, Kindergärten, Horte

Durch Investitionszuschüsse der Stadt in Höhe von rd. 1,6 Mio. € untermauern wir unseren Anspruch "Kinderfreundliche Stadt" nachhaltig. Dazu kommen die jährlichen laufenden Aufwendungen für den Bereich Soziales mit rd. 3,3 Mio. €.

Natur in der Stadt, Neugestaltung der Mainpromenade

Die kleine Gartenschau sowie die Neugestaltung des innerstädtischen Mainufers werden für die Entwicklung Kitzingens neue Maßstäbe setzen. Durch das neu gestaltete Uferband in Etwashausen mit seiner

einmaligen Freizeit- und Erholungsfunktion sowie die "gute Stube Innenstadt" fördern wir die Belebung des Fremdenverkehrs und werten darüber hinaus unsere Heimatstadt für die eigenen Bürgerinnen und Bürger entsprechend auf.

Soziale Stadt

Trotz der Kürzung des Bundeszuschusses ist es uns gelungen, im Finanzplanungszeitraum neben der Neugestaltung des Kleistplatzes zusätzlich für die Errichtung eines Bürgerzentrums bzw. für weitere Maßnahmen im Stadtteil Siedlung die entsprechenden Mittel bereitzustellen, die zur Lösung des dortigen Strukturproblems unabdingbar sind.

Sanierung des Bahnhofsumfelds (Bahnhofplatz, Park- und Ride-Anlage, Busbahnhof, Friedenstraße, Amalienweg)

Die Maßnahme wird ab dem Jahre 2013 umgesetzt und damit wegweisend für die Stadtentwicklung im Bahnhofsumfeld sein. Neben der dringend notwendigen Verbesserung des ÖPNV erfolgt eine sichtbare städtebauliche Aufwertung dieses wichtigen Eingangstores.

Erweiterung der Eisenbahnüberführung Innere Sulzfelder Straße sowie Neugestaltung der Durchfahrt Kaltensondheimer Straße

Die Maßnahmen werden spürbar zur Verkehrsentslastung und zur Verkehrssicherung beitragen. Die Abstimmung im Rahmen des Verkehrsgutachtens muss noch erfolgen.

Sanierung der Alten Mainbrücke

Mit dem Tangentenschluss kann in den nächsten Jahren die Sanierung der Alten Mainbrücke und die Umstufung in eine Einbahnstraße oder Fußgänger- und Radfahrerbrücke angegangen werden.

Dies wird eine spürbare Verkehrsentslastung und verbesserte Lebensqualität für die Altstadt bringen.

Beendigung der Großmaßnahme Nordtangente

Nach nunmehr fast 15 Jahren neigt sich dieses Projekt langsam dem Ende zu. Nach Beendigung des noch anstehenden BA III b wird die Maßnahme ihre volle verkehrslenkende Wirkung entfalten und das Stadtzentrum vom Umgehungsverkehr freihalten.

Meine Damen und Herren,

es könnten bestimmt noch weitere Maßnahmen aufgeführt werden.

Sie werden es mit aber sicher nachsehen, wenn ich es im Hinblick auf die davoneilende Zeit damit bewenden lasse.

Lassen sie mich jetzt zum alles überragenden Thema Konversion kommen. In meinen Haushaltsreden der Jahre 2009 und 2010 habe ich die Bedeutung für Kitzingen eindringlich dargelegt. Daran hat sich nichts geändert.

Rückblickend stelle ich erfreut und erleichtert fest, dass wir auf unserem Weg von der Garnisonsstadt zur Innovationsstadt zwischenzeitlich einen bedeutenden Schritt weitergekommen sind. Insbesondere die Veräuße-

rung der Larson-Barracks mit der innovativen Nachfolgenutzung als auch die anstehende Erschließung des "Richthofen-Circle" stellen Meilensteine auf dem Weg einer positiven Entwicklung des Konversionsprozesses dar.

Ich bedanke mich ausdrücklich bei allen am Prozess Beteiligten für die bisher sehr gute, zielführende Zusammenarbeit und den großen Einsatz. Ich versichere ihnen, dass wir unsere Bemühungen noch einmal verstärken werden, um die Konversion zu einem guten Ende zu bringen.

Viel ist auf dem langen Weg der Konversion bisher erreicht. Noch viel mehr ist zu tun. Ich erneuere deshalb noch einmal meinen Appell an Sie alle, gemeinsam und mit voller Kraft an der Verwirklichung mit zu arbeiten.

Neben allen Fraktionen und Gruppen des Stadtrats muss selbstverständlich auch die BIMA weiterhin verstärkt einbezogen werden. Ebenso muss die Politik mit in das Boot. Ein hoffnungsvoller Ansatz besteht hier in den Aktivitäten unserer Landrätin Frau Tamara Bischof, sowie der Landtags- und Bundestags- Abgeordneten. Ihr entsprechender Einsatz auf den verschiedenen politischen Ebenen hat bereits vieles bewirkt. Dafür ausdrücklich mein herzlicher Dank. Bleiben sie bitte auch künftig mit ihrer tatkräftigen Unterstützung an unserer Seite.

Besonders große Hoffnung setze ich allerdings in den morgen stattfindenden Besuch unseres Landesvaters, des Bayerischen Ministerpräsidenten Herrn Horst Seehofer. Ich hoffe, trotz des kritischen Datums (1. April) auf nachhaltige und finanziell zählbare Unterstützung in den Problemfeldern

- Erhöhung der Zuschuss-Prozentsätze
- Unterstützung bei der Ansiedlung von Großbetrieben
- Ansiedlung von Zweigstellen der Landesbehörden sowie anderer Einrichtungen

- Erhalt des Demographiefaktors für konversionsgeschädigte Kommunen oder Schaffung eines speziellen Konversionsfonds

Die Ergebnisse des Besuchs werden wegweisend für den Fortgang der Konversion und entscheidend für die positive Entwicklung unserer Heimatstadt Kitzingen sein.

ich komme nun zum Ende meiner Ausführungen. Ich danke Ihnen meine Damen und Herren des Stadtrats für die äußerst rege Teilnahme an den zeit- und arbeitsaufwändigen Haushaltsberatungen während der vier aufeinander folgenden Stadtratssitzungen. Sie haben es sich nicht leicht gemacht bei ihrer Aufgabe, den Etat für das Jahr 2011 festzusetzen.

Ich danke der gesamten Mannschaft der Finanzverwaltung für die engagierte und schwierige Arbeit bei der Erstellung und Vorlage des ausgeglichenen Haushaltsentwurfs. Ebenso danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fachämter für die umfangreiche Zuarbeit.

Für unseren Kämmerer Klaus Rodamer ist dies nun der letzte Haushalt in seiner langen Laufbahn. Auf meine vor einigen Jahren gestellte Frage, wie denn ein Haushalt erstellt werde, hat er mir geantwortet: "Das Aufstellen eines Haushalts ist die Kunst, Enttäuschungen gleichmäßig zu verteilen". Das Schicksal hat es im Jahre 2011 somit gut mit ihm gemeint, da er seinen letzten Haushalt ausgeglichen und ohne größere Enttäuschungen vorlegen konnte. Ich wünsche bei dieser Gelegenheit

dem neuen Stadtkämmerer, Herrn Bernhard Weber viel Glück und Erfolg bei seiner künftigen Tätigkeit.

Mein Dank gilt wie jedes Jahr den Vertretern der Medien, die unsere Haushaltsberatungen fair, sachkundig und positiv begleitet haben.

An dieser Stelle außerdem wieder mein Dank an alle Mitbürgerinnen und Mitbürger, Vereine und Organisationen, die durch ihren enormen ehrenamtlichen Einsatz das soziale, kulturelle, sportliche und gesellschaftliche Leben unserer Stadt maßgeblich gestalten.

Zuletzt meinen Dank an die Unternehmer/innen in unserer Stadt, sowie deren Mitarbeiter/innen, die durch ihren Einsatz und ihre Arbeit die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, die uns das entsprechende Handeln ermöglichen.

Meine Damen und Herren, lassen sie mich zusammenfassen:

Die solide Haushaltsführung der letzten Jahre hat Früchte getragen. Die Finanzlage der Stadt ist geordnet.

Ich lege ihnen hiermit einen Haushaltsentwurf für das Jahr 2011 vor, der

- die finanzielle Handlungsfähigkeit des Stadtrats erhalten hat
- den gesetzlichen Haushaltsausgleich gewährleistet
- die Mindestzuführung und darüber hinaus eine freie Finanzspanne erwirtschaftet
- die Nettokreditaufnahme bei 0 hält
- die dauernde Leistungsfähigkeit erhält

geben sie deshalb der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2011, dem Investitionsprogramm 2010 - 2014 und der Finanzplanung 2010 - 2014 sowie dem Sonderhaushalt der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe ihre Zustimmung.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit



Stellungnahme der UsW Kitzingen zum Haushalt 2011 und der mittelfristigen Finanzplanung der Stadt bis 2014 sowie der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr verehrte Gäste,

mit der Beratung und Verabschiedung des Haushalts werden die kommunalpolitischen Weichen für das aktuelle Jahr aber auch für die Folgejahre gestellt.

Die UsW-Fraktion hat sich deshalb mit dem Haushaltsentwurf 2011 sehr intensiv beschäftigt.

Das Ergebnis der internen Fraktionsberatungen waren zahlreiche Fragen, Vorschläge und Anträge für Änderungen und Anpassungen die in die Beratungen eingeflossen sind und somit Einfluss auf die Entscheidungen hatten.

Die Anträge waren davon geprägt, die Ausgabenseite in einigen Bereichen auf den Prüfstand stellen und die Effizienz im Umgang mit dem Steuergeld der Bürger zu steigern, Schulden abbauen und durch ein breites Spektrum an effizienten Maßnahmen die Stadt Kitzingen zukunftsfähig zu machen.

Die Haushaltsberatungen 2011 standen unter dem Einfluss einer Verbesserung der Gewerbesteuererinnahmen und gesteigener Schlüsselzuweisungen aber auch gesteigener Zuschüsse von Bund und Land für verschiedene Baumaßnahmen und Investitionen.

Wie bereits im vergangenen Jahr wird der unter diesen positiven Rahmenbedingungen von der Verwaltung aufgestellte Haushaltsentwurf für das Jahr 2011 die Auflagen zur Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde vermutlich erfüllen.

Erreicht wird dies- und das ist die gute Nachricht für unsere Bürgerinnen und Bürger - erneut ohne Steuererhöhungen und ohne Kürzung freiwilliger Leistungen.

Außer Acht gelassen werden allerdings im Haushaltsentwurf weitere finanzielle Risiken wie Tarifabschlüsse im Öffentlichen Dienst, Wegfall der Ausgleichszahlungen für US-Streitkräfte und deren Angehörige im nächsten Jahr oder auch die Verteuerung der Energiekosten um hier nur einige beispielhaft zu nennen.

Die UsW-Fraktion hat wegen der positiven Entwicklung des Haushaltes aber dennoch zu Ausgabendisziplin gemahnt, um wenigstens einen moderaten Schuldenabbau und eine deutliche Stärkung der Rücklagen an zustreben.

Stattdessen haben die Beratungen - und das ist die schlechte Nachricht – durch unterschiedliche und oft zufällige Mehrheitsentscheidungen des Stadtratsgremiums bei vielen Massnahmen einen weiteren tiefen Griff mit rd. 1,5 Millionen Euro in die Rücklagen und einen lächerlich kleinen Schuldenabbau von lediglich rd.15.000,00 € zum Ergebnis.

Liebe Kolleginnen und Kollegen eine verantwortungsvolles Handeln nach dem Motto Dringend – Notwendig – Wünschenswert sieht anders aus.

Deshalb hätte die Erstellung des Haushaltes 2011 und der Finanzplanung bis 2014 die Weichenstellung für eine Wende, hin zu einer nachhaltiger Wirtschaftlichkeit und Finanzsicherheit sein können, was aber leider nicht der Fall ist.

In Anbetracht der Verantwortung des Oberbürgermeisters und des Stadtrates aber auch der Verwaltung für das Wohl unserer Bürger, deren Steuergeldern und der Zukunftsfähigkeit der Stadt Kitzingen muss es Perspektivisch das Ziel ein möglichst schuldenfreier Haushalt sein und dieses Ziel muss oberste Priorität genießen.

Denn nur mit dem Verzicht auf unnötig und wünschenswert sowie dem Augenmerk auf dringend und notwendig ist ein Schuldenabbau mittel- bis langfristig möglich und bietet uns dann neuen Handlungsspielraum.

Doch die Beratungen und auch der Verlauf des letzten Haushaltsjahres haben gezeigt, dass wir davon noch sehr weit entfernt sind, die Schmerzgrenze ist hier bei fast allen Fraktionen und Gruppen noch nicht erreicht.

Für die Zukunft muss der Stadtrat bei allen neuen Maßnahmen daher endlich den Grundsatz beachten, eine Beschlussfassung bzw. Zustimmung nur noch dann zu treffen, wenn eine umfassende, nachvollziehbare und auf Wirtschaftlichkeit und Effektivität geprüfte Kostenberechnung vorliegt.

Bei vielen Entscheidungen während der Haushaltsberatungen sind diese Grundsätze teilweise leider völlig außer Acht gelassen worden. Der Stadtrat und auch die Verwaltung müssen deshalb über alle Parteien und Gruppen hinweg die anstehenden Probleme gemeinsam und engagiert angehen und nicht eigene Interessen voranstellen.. Wir müssen gemeinsam mit Weitsicht und Tatkraft versuchen - innerhalb der verfügbaren finanziellen Budgets - pragmatische und nachhaltige Lösungen zur Erhaltung der finanziellen Leistungsfähigkeit unserer Stadt zu finden.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Ihrem im Vorfeld geäußerten Wunsch und Ihrer Bitte nach möglichst kurzen Ausführungen der Fraktionsvorsitzenden will ich selbstverständlich Rechnung tragen.

Ich verweise deshalb auf die Ausführungen des Kämmerers zu der Entwicklung des umfangreichen Zahlenwerks, sowie die umfassenden Rede- und Diskussionsbeiträge der Kolleginnen und Kollegen während der Haushaltsberatungen. Dies hat dazu geführt, dass sich erstmals seit über 10 Jahren die Beratungen über volle vier Sitzungen hingezogen haben und das bescheidene Ergebnis in keinem Verhältnis zum immensen Redeaufwand steht.

Der Stadtrat hat unter diesen schwierigen Umständen einen insgesamt dennoch soliden und tragfähigen Haushalt 2011 erarbeitet, der Ihnen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sowie Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung eine gute Ausgangsbasis für ein verantwortungsvolles Handeln sein sollte.

Sie haben darüber hinaus eine hervorragende Personalausstattung, die durch die weiteren beschlossenen deutlichen Aufstockungen es Ihnen ermöglichen sollte, sowohl das tägliche Geschäft zu bewältigen, als auch die vielen Zukunftsprojekte unserer Stadt angemessen und zügig jetzt auch zum Teil mit eigenem Personal umzusetzen.

Aber auch gerade im äußerst kostenintensivsten Bereich des Verwaltungshaushaltes gilt es mehr denn je, die personelle Ausstattung der Verwaltung künftig vorrangig nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Effektivität auszurichten.

Für die Stadt Kitzingen besteht hier dringender Handlungsbedarf wie wir in den Beratungen gemeinsam feststellen mussten.

Die Beauftragung eines Organisationsgutachtens für die Verwaltung für knapp 300.000,00 € ist mehrheitlich beschlossen, über die Notwendigkeit könnte man sich aber auch weiterhin trefflich streiten, die UsW-Fraktion will die Diskussionen hierüber aber damit heute beenden.

Künftigen Forderungen aus der Verwaltung nach weiterer Personalaufstockung erteilt daher die UsW-Fraktion, auch aufgrund der vorliegenden Zahlen und Fakten aus internen Untersuchungen und vor allem aber unter den derzeitigen finanziellen Rahmenbedingungen eines klammen Verwaltungshaushalts eine klare Absage.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

neben der vielen Verwaltungsarbeit im Tagesgeschäft bei allen Einrichtungen und Ämtern, stehen viele Projekte und Maßnahmen in unserer Stadt kurz vor dem Beginn, befinden sich in der Umsetzungsphase oder stehen kurz vor der Fertigstellung.

Trotz aller Engpässe wurde hier teilweise lobenswerte und sehr gute Arbeit geleistet, sei es bei der Finanzierung, Planung, Organisation und Betreuung.

Wir können uns über die sichtbaren Fortschritte beim Bau der Nordtangente Nord, der Neugestaltung der Mainpromenade, der energetischen Sanierung der DPE-Schule und der Gestaltung des Gartenschaugeländes und vieler anderer Projekte freuen, um hier nur einige Beispiele großer Maßnahmen zu nennen.

Bei vielen anderen Maßnahmen kommt die Stadt Kitzingen ihren Aufgaben in hervorragender Weise und vorbildhaft nach, sei es im Jugend-, Schul- und Kulturbereich, sowie bei den Feuerwehren mit der Beschaffung von Feuerlöschfahrzeugen usw. .

Manches ist dabei im Ablauf und in der Vorbereitung sicherlich noch erheblich verbesserungsbedürftig, das kann die Verwaltung sicherlich in Zukunft noch besser organisieren und koordinieren.

Bei einigen Themen ist aber auch eine gewisse Rat- und Tatenlosigkeit erkennbar, insbesondere was z.B. die weitere Zukunft des für die Innenstadtbelebung sehr wichtigen Bereiches um das ehemalige Marktcafe angeht.

Mit dem teilweise unnötigen, vor allem aber überstürzten Abbruch bereits im Jahre 2006 hat man Ihnen – sehr geehrter Herr Oberbürgermeister - eine schwere Hypothek hinterlassen bzw. aufgebürdet, die sich inzwischen zu einem Schandfleck und öffentlichem Ärgernis gemausert hat.

Hier besteht wohl hier im Stadtrat ein Konsens über sehr dringenden Handlungsbedarf um dieses unschöne Bild – wie im Übrigen bereits vor 1 ½ Jahren von der UsW-Fraktion beantragt – aus der Innenstadt baldmöglichst zu verdrängen.

Auf dem weiteren Wege in die sichere Zukunft unserer Stadt sind allerdings noch so manche Hürden zu nehmen, eine sehr große Herausforderung aber auch gleichzeitig Chance ist dabei das - nicht nur der UsW - sehr wichtige Thema **Konversion**.

Die weitere Verwendung der noch im Angebot befindlichen ehem. militärisch genutzten Liegenschaften wie Marshall Heights und Harvey-Baracks insbesondere des dort beschlossenen Sonderlandeplatzes ist für die Stadt Kitzingen und teilweise auch das Umland von existenzieller Bedeutung.

Die momentane Entwicklung in Harvey gibt jedoch Anlass zu großer Sorge, nachdem sich die BIMA von einst hier im Saal - von deren obersten Vertretern geäußerten Beistandsbezeugungen sehr deutlich distanziert hat.

Nicht mehr die einst vermittelte schwarze Null ist die Vorgabe sondern die gesetzliche Vorgabe Gewinne erzielen zu müssen beeinflusst das Handeln. So geht man nicht mit Partnern um, wenn man ständig beteuert doch gemeinsam an einem Strang ziehen zu wollen.

Hier sind besonders auch die übrigen Beteiligten außerhalb des Wirkungskreises der Stadt Kitzingen gefordert, mit deutlich mehr Nachdruck als bisher zu agieren aber dabei nicht die Interessen der Stadt Kitzingen zu vergessen.

Der Besuch unseres Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer am morgigen Freitag den 1. April sollte daher Anlass für Sie, Herr Oberbürgermeister, sein in dieser Situation um Unterstützung zu ersuchen.

Es gäbe noch **viele weitere Maßnahmen und Themen des Haushalts**, bei denen sich eine nähere Betrachtung und Kommentierung lohnen würde oder sogar zwingend geboten wäre.

Dies würde allerdings über den zeitlichen Rahmen an dieser Stelle deutlich sprengen.

Aus diesem Grund verzichte ich darauf, um zum Ende meiner Ausführungen zu kommen und den Dank der UsW-Fraktion auszusprechen.

Die UsW-Fraktion dankt zuvorderst allen Bürgerinnen und Bürgern, sowie den sehr tüchtigen und erfolgreichen Betrieben mit Ihren verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Gewerbe-, Handel- und Dienstleistungsbereich

und besonders den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in den Vereinen, Organisationen und Verbänden, die sich

für unsere Stadt eingesetzt haben und zukünftig einsetzen werden.

Ein Dankeschön auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung.

Besonders danken darf ich Frau Heger und Herrn Rodammer von der Stadtkämmerei stellvertretend für alle, die bei der Erstellung des Haushalts erneut eine besondere Leistung erbracht haben.

Nachdem die Finanzlage der Stadt - trotz aller Risiken - geordnet ist, der gesetzliche Haushaltsausgleich gegeben ist und die finanzielle Leistungsfähigkeit bis 2014 nachgewiesen ist

stimmt die UsW –Fraktion

dem vorgelegten Haushaltsplan 2011 und der mittelfristigen Finanzplanung der Stadt bis 2014 zu.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Die UsW-Fraktion dankt Ihnen für Ihre Arbeit und - ich bin sicher - auch die geschätzten Kolleginnen und Kollegen der übrigen Fraktionen und Gruppen des Stadtrats werden Sie auch weiterhin nach bestem Wissen und Gewissen unterstützen.

Allerdings darf dann auch der Stadtrat sowie seine Ausschüsse von Ihnen erwarten, dass die getroffenen Entscheidungen zügig umgesetzt werden und nicht von der Verwaltung unterlaufen und ohne entsprechende Informationen ausgesetzt werden, wie dies jüngst in mehreren Fällen vorgekommen ist.

Nur so macht auch der Einsatz eines Mediators, wie jüngst beschlossen einen Sinn.

Dem Haushalt der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe stimmt die UsW- Fraktion ebenfalls zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Kitzingen, 31.03.2011

gez.
Karl-Heinz Schmidt
Stadtrat, Fraktionsvorsitzender - UsW

Es gilt das gesprochene Wort!

**Haushaltsrede des CSU-Fraktionsvorsitzenden Andreas Moser
anlässlich der Beratungen des Haushalts 2011 sowie des
Investitionsprogramms der Stadt Kitzingen am Main 2011 bis 2014
und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2014
31. März 2011 - es gilt das gesprochene Wort -**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrte Damen und Herren der Presse!

meine Rede zum Haushalt der Stadt Kitzingen gliedert sich in drei Teile:

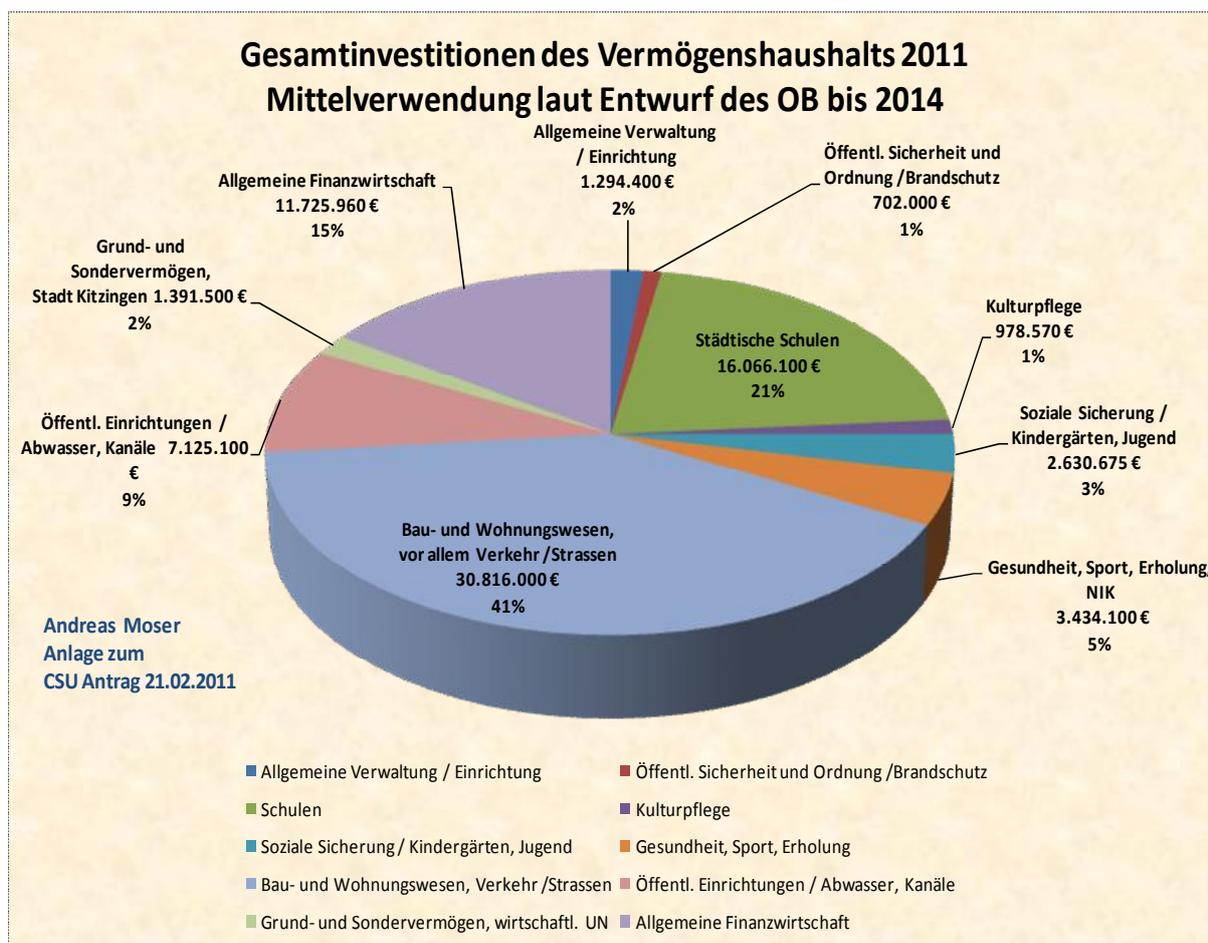
- 1. Kernaussagen zur Haushaltslage der Stadt Kitzingen am Main**
- 2. Ausgewählte Leistungen und Beiträge der CSU-Fraktion**
- 3. Fazit und Ausblick**

1. Kernaussagen zur Haushaltslage der Stadt Kitzingen am Main
Das wichtigste Kriterium für die finanzielle Leistungsfähigkeit einer Kommune ist einerseits die Mindestzuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt und andererseits die freie Finanzspanne.

Die Mindestzuführung im Vorjahr konnte entgegen der Prognose Gott sei Dank erreicht werden. Dieser Erfolg ist jedoch ausschließlich dem reinen Zufall und Glück zu verdanken, sowohl was den Zeitpunkt als auch die Größenordnung betrifft. 4 Mill. € Gewerbesteuernachzahlungen haben den Kitzinger Haushalt aus der vorhandenen Schieflage gerettet. Trotz des unerwarteten Geldregens aus der sprudelnden Gewerbesteuerquelle muss unser Kämmerer über 2 Mio. € Rücklagen entnehmen.

Die Finanzsituation hat sich deshalb nur oberflächlich entspannt. Eine freie Finanzspanne ist nicht vorhanden. Jeder kann nachvollziehen, dass ein ausgeglichener Haushalt ohne den Zufall und das Sparen in der Vergangenheit nicht möglich gewesen wäre. Es wäre sicher interessant gewesen, welche Einsparungen der Etat vorgesehen hätte.

Nicht weniger erschreckt hat mich folgender Umstand: Obwohl der Haushalt die finanzielle Grundlage des kommunalpolitischen Geschehens einer Stadt darstellt, fanden die Beratungen quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Die Art und Weise, wie die Beratungen teilweise geleitet werden und die Tatsache, dass Unwesentliches breit und lang diskutiert wird, hat offensichtlich die treuesten Zuhörer der Sitzungen verschreckt. Die Presse hat ihren Kommentar bereits abgegeben. Die derzeitige Vorgehensweise sieht leider keine Grundsatzdiskussionen und Spielräume vor für vor Änderungen. Es ist also kein Wunder, dass das Interesse der Bürger gering ist.



zu 2. Ausgewählte Leistungen und Beiträge der CSU-Fraktion

Der Blick auf den Investitionshaushalt zeigt, dass die Stadt Kitzingen in Relation zu vergleichbaren Kommunen sehr viel investiert. Die grafische Verteilung veranschaulicht, dass die Ausgaben für Kindergärten, Jugend und Soziales vorbildlich sind. Das kulturelle Angebot ist vielfältig und für die Größe der Stadt immens. Wir danken den Verantwortlichen hierfür ganz besonders. Die Investitionen in die städtischen Schulen sind zukunftsfördernd und -sichernd. Die Ausgaben für Verkehr und Strassen und Brücken sind meines Erachtens überdimensioniert, belasten den Haushalt und lassen für die qualitative Weiterentwicklung der Stadt an anderer Stelle zu wenig Spielraum.

Die CSU-Fraktion musste deswegen Wünschenswertes schlicht und einfach zugunsten des Notwendigen hinten anstellen. Unser Haushaltsantrag, eine Prioritätenliste bei den Investitionen zu erstellen, wurde nur ansatzweise umgesetzt. Zumindest wurden jedoch neue Anträge nicht nach Reihenfolge der fortlaufenden Haushaltstelle sondern nach Prüfung aller Maßnahmen am Ende abgestimmt.

Es herrscht allgemein Übereinstimmung, dass laufende Projekte, die in der Vergangenheit beschlossen wurden, unter penibelster Einhaltung des Kostenrahmens zum Abschluss gebracht werden müssen. Dies ist zweifelsohne die größte Baustelle in Kitzingen. Die CSU vergisst aber Folgendes nicht: Das Arbeitspensum des Kitzinger Bauamts, ob Tief- und Hochbau, Gärtnerei oder Bauhof, mit zahlreichen Projekten ob Schulen, Brücken und Straßen bis hin zur Konversion, fordert alle Mitarbeiter weit über das Normalmaß hinaus. Die Größenordnung mit über 40 Mio. € (inkl. Finanzplanungsrest!) sagt alles aus. Fast 11 Mio. € und somit mehr als zwei Drittel des Investitionsprogramms 2011 stemmt somit das Bauamt. Für ich was es keine Überraschung, dass unser Bauamtsleiter bei der Treibjagd eines Tages nicht mehr mitspielen wollte. Wir, die CSU-Fraktion sprechen den Mitarbeitern des Bauamtes unsere hohe Anerkennung für das Geleistete aus. Die Neueinstellungen des Stellenplans haben wir einstimmig unterstützt. Ebenso unterstützen wir die Verwaltung bei Beschlüssen auch künftig, wenn diese im Sinne der Stadt und zum Wohle seiner Bürger erfolgen. Die CSU hält sich im Gegensatz zur Fraktion des OB, zur Fraktion des Bürgermeisters und zur Fraktion der

Bürgermeisterin mit Kritik in öffentlichen Sitzungen zurück und spricht Probleme ganz bewusst in nichtöffentlichen Sitzungen an. Mit dieser werteorientierten Sachpolitik bewahren wir unsere Heimatstadt und die Mitarbeiter in der Verwaltung vor einem Imageschaden. Leider erfahren die Bürger nur wenig über die Sachpolitik der CSU und unser Verhalten bei wichtigen Entscheidungen. Ohne die sechs Stimmen der CSU würden Sie Herr Oberbürgermeister - mit Verlaub salopp formuliert - manchmal ganz schön alt aussehen. Auch wenn wir keine Lorbeeren hierfür von Ihnen ernten, und Sie uns sogar das eine oder andere mal in die Pfanne hauen, stimmen wir zum Wohle der Stadt. Die Hoffnung über eine entsprechende öffentliche Würdigung der Ausübung unseres Mandats stirbt zuletzt.

Die Durchführung der Kleinen Gartenschau steht unmittelbar bevor und macht Kitzingen am Main weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannt. Mit welchem Eigenanteil die Stadt Kitzingen letztendlich dabei ist, wird erst im Jahre 2011 feststehen. Das Ereignis und die damit verbundene Werbung, vor allem aber die dauerhafte Aufwertung der Mainpromenade in Etwashausen ist jeden Cent wert, meine ich. Uns freut, dass unser Vorschlag, den Wohnmobilstellplatz nach Norden zu verlegen, so gut bei allen Beteiligten angekommen ist. Das Projekt NIK als Ganzes ist ein Beispiel für die visionäre, nachhaltige und konsequent am Nutzen der Stadt und seiner Bürger ausgerichtete Sachpolitik der CSU-Fraktion.

An dieser Stelle frage ich Sie, liebe Bürger und Vertreter der Medien, welchen Beschluss von tragender Bedeutung für die Stadt Kitzingen, haben denn andere Gruppierungen von UsW bis ProKT vor oder nach 2008 erwirkt?

Die Kleine Gartenschau nach Kitzingen zu holen, war und bleibt eine Initiative der CSU. Wir sind sehr froh, dass das Hochwasser gut überstanden wurde, und dass die Arbeiten zusammen mit den Gärtnern und zahlreichen Beteiligten aus Stadt und Land vorangehen. Wir wünschen den Verantwortlichen, dass die NIK für alle Kitzinger Bürger und Landkreisbürger, die Aussteller, die Gastronomen, die Gärtner, die Händler und natürlich die Besucher ein Erfolg wird.

Wir überqueren den Main zur zweiten **Schokoladenseite der Stadt**. Diese von bekannten Stadträten viel diskutierte Mainpartie steht kurz vor der Vollendung und erfreut sich des Lobes von allen Seiten. Eine

Ausnahme mögen vielleicht von Erschließungsbeiträgen Betroffene darstellen, aber jeder weiß, dass diese niemanden glücklich stimmen. Insgesamt ist die Maßnahme ein gutes Beispiel für intelligente Stadtentwicklung, da sie überwiegend über öffentliche Städtebauförderprogramme finanziert und durchgeführt werden konnte. Die Stadt ist mit gutem Beispiel vorausgegangen. Die CSU steht voll und ganz hinter der ansprechenden Aufwertung des Mainufers mit Schiffsanleger. **Wir wünschen uns, dass private Investoren jetzt nachziehen ob Sanierung von Privat- oder Geschäftshäusern oder Hotel und Gastronomie, um die Aufenthaltsqualität für Gäste, die mehrere Tage in unserer Stadt verweilen möchten, zu verbessern.** Die noch tief schlummernden Potenziale nicht nur im Radtourismus können mit einem entsprechend guten Angebot wachgeküsst werden.

Die Laufbahn im Sickergrundstadion wird erneuert. Das ist die gute Nachricht. In den Haushaltsberatungen vor einem Jahr hat die CSU dies beantragt. Die Fertigstellung sollte damals noch im Sommer 2010 erfolgen. Schon bald wurde sie auf das Frühjahr 2011 verschoben. Die Informationspolitik des OB über Kosten, Baubeginn und Fertigstellung ist ein Negativbeispiel par excellence. Die erneute Kostenexplosion mit ca. 170T€ ist teilweise nicht nachvollziehbar und verlangt vom Antragsteller CSU als Befürworter alles ab. Wir danken deshalb dem Sportreferenten und den Stadtratskollegen für die mehrheitliche Unterstützung für die Bereitstellung der Mittel im Schul- und Vereinssport. Die Fertigstellung erwarten wir gemäß der neuen Zusage des OB in den Sommerferien 2011. Wir bleiben am Ball.

Wir freuen uns außerordentlich über die Entwicklung in der ehemaligen US-Liegenschaft LARSON. Die Gründung des Innoparks unter Federführung von Beck Energy ist ein erster Meilenstein für die Entwicklung von der Garnisons- zur Innovationsstadt. Es hat sich gezeigt, dass die Realität aufwendige Planungen schnell überholt. Der von der CSU von Anfang an favorisierte vorhabenbezogene Bebauungsplan bestätigt sich als das richtige Mittel für eine zügige Entwicklung und Schaffung von Baurecht.

Die große Kreisstadt Kitzingen schöpft dennoch ihre erstklassige geographische Lage und somit die gegebenen Gewerbesteuer-Potentiale insgesamt nicht aus. Das Thema Ansiedlung und Wirtschaft

haben Sie Herr Oberbürgermeister zusammen mit Ihrem UsW Fraktionsvorsitzenden zur Chefsache erklärt. Über welche Erfolge außer der Spielhalle im Gewerbegebiet Großlangheimer Strasse können Sie uns und den Bürgern berichten?

Wo entwickeln Sie unsere Stadt mit dem Haushalt 2011 hin?, frage ich Sie hier im Saal. Das Ergebnis der Haushaltsberatungen in Bezug auf die Stadtentwicklung ist für uns weder zufriedenstellend noch ausreichend. Es war uns klar, dass es nicht einfach sein wird, städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen wie z.B. das Bahnhofsumfeld oder die innerstädtische Entwicklung rund um das ehemalige Marktcafé auf den Weg zu bringen. Die Entwicklung am Bahnhof wird mit der mit der Mehrheitsentscheidung 2011, den städtebaulichen Wettbewerb zu streichen, in jedem Fall zur unendlichen Geschichte. Trotz veranschlagter Investitionen in Höhe von 60 Mill. € sind keine Haushaltsmittel für die Beseitigung des geschotteten Provisoriums oder den Bau des Busbahnhofs eingestellt. Vor 2015 wird also nichts passieren, das muss Ihnen Herr Oberbürgermeister und jedem Stadtrat klar sein. Unser Antrag auf Vorziehen der Planungen wurde von allen Seiten abgelehnt. Parallel beantragt der Konversionsreferent und UsW-Fraktionsvorsitzende auch noch den städtebaulichen Wettbewerb in den Marshall Heights abzusetzen, obwohl hier Stadtratsbeschlüsse für die Planungen mit der Klinik Kitzinger Land vorliegen. Für die punktuelle Sanierung der Altstadtbereiche und Beseitigung von Schandflecken sind weder Konzepte vorhanden, noch Fachleute beauftragt und Haushaltsmittel eingeplant. **Unseres Erachtens werden Investitionen gerade in die Bereiche, die für die zukünftige Entwicklung der Stadt und seiner Bürger wichtig sind, total vernachlässigt. Politisch und emotional wäre dies, ein Grund, den Haushalt abzulehnen.**

Liebe Kitzinger halten Sie sich fest, obendrein sollen laut Etat 1 Million € in Gutachten, wie z.B. Fortschreibung ISEK, Verkehrswegeplan, Städtebauliche Wettbewerbe etc. investiert werden. Wir haben deshalb beantragt, mehr Transparenz in Bezug auf deren Zielsetzungen und insbesondere deren zeitnahe Umsetzung zu schaffen. **Wir sind nicht gegen Konzepte, aber dagegen, wenn Planungen von vornherein nur für die Schublade erfolgen und Steuergelder verschwenden.** Ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit: Jene Stadträte, die das Zentrenkonzept mehrheitlich befürwortet haben, wollten es ablehnen als das beauftragte Ergebnis auf dem Tisch lag. Die CSU hat mit ihren sechs Stimmen die Kohlen

aus dem Feuer geholt, die Stufe 2 mit Innenstadtentwicklung gezündet sowie die Städtebauförderung "Stadtumbau West" für KT gesichert

zu3. Fazit und Ausblick

Vier Tage lang wurde kreuz und quer diskutiert. Welches neue Ergebnis haben die Haushaltsberatungen gebracht, habe ich mich am Ende gefragt. Dieses steht jedenfalls in keinem Verhältnis zum Aufwand. Über richtungsweisende Themen wurde wie im Vorjahr nicht beraten.

- Mit dem Bericht des Kämmers am ersten Tag war nach den ersten 15 Minuten fast alles Wesentliche gesagt. Nach Herrn Rodamers Rede war jeder Antrag, egal welcher Fraktion, Makulatur. Nur ein Zeitfenster, über künftige Entwicklungen überhaupt beraten zu können, muss der OB und der Kämmers uns Stadträten künftig geben. Dies ist unser Wunsch an Herrn Weber für 2011/2012.
- Bei der Stadtentwicklung gibt es wie ausgeführt Licht und Schatten.
 - Vor langer Zeit beschlossene Infrastrukturprojekte werden derzeit abgewickelt. Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, erlauben Sie mir anzumerken, dass jene Maßnahmen, mit denen Sie sich in Ihrer Presseerklärung kürzlich feiern ließen, auf Anträge und Beschlüsse der CSU-Fraktion zurückzuführen sind. Ich meine hier die bedeutende Stadtentwicklung mit der Natur in Kitzingen.
 - Ernüchternd war, im Stadtratsgremium miterleben zu müssen, dass eine städtebauliche Entwicklung in der Innenstadt oder am Bahnhofsumfeld offensichtlich nicht gewünscht wird. Warum der Wirtschafts- und Konversionsreferent K.H. Schmidt die Streichung der Mittel für den städtebaulichen Wettbewerb auf den Marshall Heights samt Klinikneubau und somit einen Antrag auf Stillstand gestellt hat, habe ich nicht verstanden und kann die CSU-Fraktion nicht nachvollziehen. Einerseits werden diese Planungskosten über die zugesagten Mittel aus dem Härtefallfonds seitens der Staatsregierung weitgehend bezahlt. Dies ist übrigens ein Ergebnis der Gespräche der CSU-Fraktionsspitze zusammen mit unserem Landtagsabgeordneten und den bayerischen Ministern in München. Andererseits hat die Verwaltung geäußert, aufgrund der zahlreichen Maßnahmen, mit dünner Personaldecke ohne Leiter des Bauamts keine Kapazitäten für eigene Planungen leisten zu können. Der Bürger möge sein eigenes Urteil über diese Politik bilden. Wir sind wie die Presse der Meinung, dass ein möglicher

Neubau der Klinik Kitzinger Land, die künftige Nutzung der ehemaligen Wohnsiedlung Marshall Heights einen erheblichen Schritt weiterbringen würde.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, ohne Gestaltungswillen und die notwendige Bündelung aller Kräfte im Stadtrat bleibt der Weg für uns alle auch weiterhin holprig.

Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist diese selbst zu gestalten. Die US-Liegenschaften bieten zweifelsohne mehr Chancen als Risiken. Damit diese für die Kitzinger Bürger gewahrt bleiben und die Risiken für die Stadt nicht schlagend werden, müssen Sie Herr Oberbürgermeister verstehen und erkennen, dass es einen natürlichen Zielkonflikt zwischen den Interessen der BIMA und der Stadt gibt. Sie dürfen das Planungsrecht nicht aus der Hand geben, es ist unser einziges Pfund und Steuerungsinstrument.

Zur Investorenkonferenz im Herbst 2010 haben Sie versprochen, dass Sie die Fakten auf den Tisch legen. Was kostet ein Grundstück plus Erschließung in der Harvey oder Marshall Heights und wann kann ich bauen. Diese entscheidenden Fragen für unsere heimischen Unternehmer als potentielle Investoren sind immer noch nicht geklärt. Die Verantwortung hierfür darf nicht länger Spielball zwischen BIMA und Stadt sein.

Ich bedauere außerordentlich, dass für nachhaltige und notwendige Stadtentwicklungsmaßnahmen, wie z.B. Errichtung Busbahnhof und Parkplätze im Bahnhofsumfeld, Entwicklung Altstadt, Marktcafe, Sanierung Deusterturnhalle und Wirtschaftsschule, Bürgerzentrum als Maßnahme Soziale Stadt, eigene Entwicklung der Konversionsflächen, Veranstaltungshalle für die große Kreisstadt etc. trotz 60 Mill. € Etat keine ausreichend finanziellen Mittel vorhanden sind.

Dem vorgelegten Haushaltsplan, der mittelfristigen Finanzplanung und dem Stellenplan, sowie dem Sonderhaushalt der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe geben wir dennoch unsere Zustimmung.

Aus politischen Gründen abzulehnen mag öffentliches Aufsehen erregen, ist im Grunde aber verantwortungslos. Liebe Bürger, stellen Sie sich vor, der Haushalt würde durch eine Zufallsmehrheit abgelehnt. Die Folgen für die Bürger wären fatal. Wichtige Maßnahmen in Schulen, Kindergärten etc. würden gestoppt und gerade Mittel für sozial

Schwächere würden gesperrt. Ich bitte die Medien, die Konsequenz der politischen Verweigerung aufzuzeigen.

Wir danken allen Bürgerinnen und Bürgern und vor allen Dingen den Betrieben in unserer Stadt, die uns das Haushalten ermöglichen.
Ein besonders herzliches Vergelt's Gott sagen wir allen ehrenamtlich Engagierten, ohne die unser gesellschaftliches Leben nicht möglich und finanzierbar wäre.

Wir bedanken uns bei Ihnen Herr Oberbürgermeister Müller, bei allen Mitarbeitern/innen in der Verwaltung und unseren Stadtratskollegen und -kolleginnen, die sich für die Stadt Kitzingen und zum Wohle der Bürger und Bürgerinnen eingesetzt haben.

Ich wünsche allen Menschen, die in unserer Heimatstadt wohnen und arbeiten alles Gute, Zuversicht und Gottes Segen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Andreas Moser
CSU-Fraktionsvorsitzender

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrates,

Bitte wundern Sie sich nicht Herr Oberbürgermeister, aber ich möchte meine Rede mit einem Lob beginnen. Ich will mich bei Ihnen bedanken, dass Sie an unserer Mahnwache zum Gedenken an die Opfer der Tsunami- und Atomkatastrophe in Japan teilgenommen haben.

Auch haben Sie den Antrag der SPD für eine Resolution gegen die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke unterstützt. Diese Resolution wurde dann auch vom Stadtrat mehrheitlich verabschiedet. Dafür unseren Dank auch an das Gremium.

Das war es aber schon mit dem Loben. Wie in den zurückliegenden Jahren, so werde ich auch in diesem Jahr auf die kommunalpolitisch relevanten Themen eingehen und die aus unserer Sicht größten Defizite beleuchten. Für uns, die SPD-Fraktion gibt es fünf wichtige Themenbereiche, die die Stadt bewegen:

1. Konversion
2. Stadtentwicklung und Wirtschaft
3. Innenstadt und Handel
4. Tourismus und Kultur
5. Jugendarbeit und Integration

Punkt 1 Konversion:

Herr Oberbürgermeister, Sie sprechen von einem Sechser im Lotto, dass die ehemaligen Larson Barraks auf so vortreffliche Art und Weise entwickelt werden. Dem können wir, die SPD-Fraktion vollkommen zustimmen, aber die Kreuze, die zum Sechser auf dem Lottoschein geführt haben, wurden in der Vergangenheit gemacht.

Hier hat Ihr Vorgänger in engem Schulterschluss mit den Beratern Drees und Sommer wichtige Vorarbeiten geleistet. Sie haben den Vertrag auslaufen lassen und nichts unternommen, um diese erfolgversprechende Arbeit weiterzuführen. Stattdessen gab es einen einjährigen Stillstand in Sachen Konversion.

Nun soll es ein neues Büro richten. Hier wird aber vollkommen vom Punkt Null angefangen, z. B. wird zur Zeit wieder einmal eine Stärken- und Schwächenanalyse erstellt, wahrscheinlich ohne Rückgriff auf die von Drees und Sommer im vorliegende Gutachten erarbeitete Analyse.

Obwohl mit dem Datum 2006 versehen, glauben wir kaum, dass sich Entscheidendes verändert hat. Gestatten Sie mir deshalb hier folgende „Hausaufgaben“ zu verteilen:

1. Da es bereits Vorschläge hinsichtlich der Entwicklung der Marshall Hights gibt, sollen diese

als Basis für eine tiefer gehende Standortanalyse verwendet werden. Wie gesagt, man muss das Rad nicht zweimal erfinden.

2. Die BiMa scheut die Kosten hinsichtlich der Kampfmittelbereinigung im Bereich der Harvey Barraks. Da dies aber die Voraussetzung für die Genehmigung eines Sonderlandeplatzes ist, kommt es zu einem Stillstand, der die Existenz unter anderem des Luftsportclubs ist in Frage stellt.

Aus diesem Grund appellieren wir an Sie, sich in Giebelstadt beziehungsweise bei der Fa. Knauf nach den der Höhe der Kosten zu erkundigen, die für die Kampfmittelräumung durch eine externe Firma angefallen sind.

Unabhängig vom Wollen oder Nichtwollen der BiMa könnte dann eine politische Entscheidung gefällt werden, ob die Kosten für die Kampfmittelräumung von der Stadt Kitzingen getragen werden und somit die Möglichkeit eines Sonderlandeplatzes für Kitzingen bestehen bleibt. Wir, die SPD-Fraktion würden dies nicht nur begrüßen, sondern unterstützen.

3. Die Mitarbeit in der Steuerungsgruppe Konversion hat bislang für uns wenig Sinn gemacht, da man in nichtöffentlicher Sitzung über Abläufe informiert wird, die man entweder vorher oder mit Sicherheit hinterher aus der Zeitung erfährt.

Übrigens ein Umstand, den Sie auch dadurch mit verschulden, als dass Sie es stillschweigend dulden. Offensichtlich wird in einigen Gruppierungen der Öffentlichkeitsarbeit mehr Gewicht geschenkt, als einer konstruktiven Mitarbeit.

In der Steuerungsgruppe Konversion, bei der es sich um einen Zusammenschluss der früheren Lenkungsgruppe und der Projektgruppe handelt, sollte eigentlich der Gestaltungswille der Stadt erkennbar sein. Wir haben den Eindruck, dass man hier eher als Getriebener, denn als Treibender agiert. Die Stadt Kitzingen hat die Planungshoheit und dieses muss selbstbewusst gegenüber der BiMA vertreten werden.

Punkt 2 Stadtentwicklung und Wirtschaft:

Wieder eine neue Studie, wieder einmal eine neue Diskussion über eine Dachmarke beziehungsweise ein Leitbild. Ich darf erinnern, dass wir erst vor nicht allzu langer Zeit ein Leitbild und einen Slogan „Von der Garnisonsstadt zur Innovationsstadt“ kreiert haben. Zugegeben ein Slogan, der doch etwas ambitioniert erscheint, den man aber hätte mit Leben füllen können, wenn man den gewollt hätte. Hoffentlich erhalten wir dann am Ende ein Leitbild oder einen Slogan oder was auch immer, was sich auch in der Bevölkerung festsetzt und der vor allen Dingen auch mit Leben gefüllt wird. Immerhin ist das Zentrenkonzept in Auftrag gegeben und im Entstehen. Auch wird an einer neuen Gestaltungsordnung gearbeitet.

Im Bereich Wirtschaft ist eine enge Zusammenarbeit mit den ansässigen mittleren und großen

Wirtschaftsunternehmen der Stadt Kitzingen unabdingbare Voraussetzung. Mit Ihnen gemeinsam, ist an der Weiterentwicklung Kitzingens als Wirtschaftsstandort zu arbeiten.

Neustadt an der Saale hat es uns in Sachen Elektromobilität vorgemacht, was man mit effektiver Lobbyarbeit erreichen kann. Sicher, wir sind auch mit im Boot, aber hier gibt es eben den Kapitän, den Steuermann und den Maschinenraum. Mit den bei uns ansässigen Unternehmen Fehrer, Frankenguss und Leoni stünde uns zumindest die Position des Steuermanns zu. Ich befürchte allerdings, dass wir uns bei den Maschinisten einreihen, der Kurs aber von ganz anderen Stellen vorgegeben wird.

Hier ist unsere Aufgabenstellung an Sie, sich mit den Vertretern der ansässigen Industrieunternehmen an einen Tisch zu setzen und endlich ein tragfähiges Konzept für den Wirtschaftsstandort Kitzingen zu erarbeiten.

Punkt 3 Innenstadt und Handel:

Hier kam es zu erfreulichen Entwicklungen. Die im Zuge der kleinen Gartenschau erfolgte Neugestaltung der Mainpromenade mit der Schiffsanlegestelle für Hotelschiffe ist ein neues Highlight für Kitzingen. Der Weihnachtsmarkt und das Weinfest sind neu gestaltet und locken Besucher an, die auch den Handel beleben werden.

Allerdings liegen die Vorarbeiten für diese Highlights in der Vergangenheit. Sie haben gemeinsam mit uns, dem Stadtrat die Entwicklung begleitet, bloß wo bleiben die neuen Ideen? Vor ca. drei Jahren hat die SPD die Radwege in Kitzingen abgefahren und massive Lücken aufgezeigt. Die CSU, die dies publikumswirksam wiederholt hat, fordert nun ebenfalls die Entwicklung eines Radwegekonzeptes.

Erst auf unser Betreiben hin wird nun endlich ein Verkehrskonzept erstellt, das eigentlich schon längst vorliegen müsste. Das aktuelle, wenn man denn von aktuell in diesem Zusammenhang reden kann datiert aus dem letzten Jahrhundert.

Eine Umfrageaktion der SPD musste Ihnen klar machen, dass man die Unterführung Kaltensondheimer Straße nicht einfach für den Autoverkehr schließen kann und hier dringend ein Radfahrweg erforderlich ist.

Ein wichtiges Instrument zur Belebung von innerstädtischen Leerständen und Vorbeugung etwaiger Fehlbelegungen ist der Aufbau eines Flächenmanagements. Hier sollen die Leerstände katalogisiert, eine Ansprechstation für möglich Investoren geschaffen und die Zusammenarbeit zwischen Eigentümern und Verwaltung gefördert werden.

Wir sind der Meinung und haben dies auch in den Haushaltsberatungen gefordert, dass diese anspruchsvolle Aufgabe das Einrichten einer neuen Stelle erfordert. Leider wurde dies von Ihnen nur halbherzig verfolgt und schließlich mehrheitlich vom Stadtrat abgelehnt. Offensichtlich ist man

sich der Bedeutung einer solchen Stelle nicht bewusst. Auch hier gehen andere Kommunen andere Wege.

Punkt 4 Tourismus und Kultur:

Jeder Bereich für sich –da wird mir keiner widersprechen– zeigt ein sehr aktives Leben in unserer Stadt. Zahlreiche Highlights kennzeichnen sowohl den Bereich Tourismus als auch Kultur. Nur wo bleibt die fruchtbare Zusammenarbeit?

An einem Wochenende finden in Kitzingen öfters bis zu 30 kulturelle, touristische und sportliche Veranstaltungen statt, an manchem Wochenende gar nichts. Hier fehlt die koordinierende Hand, die z. B. an einem gemeinsamen Veranstaltungskalender für Kitzingen und seine Bürger alle Möglichkeiten aufzeigen könnte, Besucher anzulocken und Überschneidungen vermeiden lässt.

In diesem Zusammenhang will ich auch das Thema Veranstaltungshalle ansprechen. Der Bau oder der Kauf einer solchen Halle muss das nächste Ziel für die Stadt sein.

Es gibt in Kitzingen freistehende, große Hallen, die nicht nur auf dem Konversionsgelände zu finden sind. Diesbezüglich muss man sich kümmern und einfallsreich agieren.

Auch das Roxy-Kino könnte ein neues, kleines Highlight im Kitzinger Kultur- und Tourismusleben werden. Hier muss zusammen mit dem Besitzer, der im übrigen ein offenes Ohr hat, ein Nachnutzungskonzept entwickelt werden, um die nötigen Umbaumaßnahmen voranzutreiben.

Punkt 5 Jugendarbeit und Integration:

Ich fasse diese beiden Themenbereiche absichtlich zusammen, da sie wie Tourismus und Kultur ebenfalls zusammen gehören. Unsere Referentin für Integration, Frau Glos zeigt mit vielen Ideen neue Wege der Integration auf, vor allen Dingen auch bzgl. der Jugendarbeit und hat hier bereits vieles geleistet.

Zur Überraschung aller haben die beiden Leiterinnen der Jugendpflege gekündigt. Die Verzögerung bei der Einstellung eines neuen Leiters führte letztlich auch zu einer verspäteten Vorstellung eines neuen Konzeptes. Allerdings hatte der Stadtrat immer noch keine Gelegenheit, dieses neue Konzept kennenzulernen.

Eines ist aber offensichtlich, die jugendlichen Interessen gehen immer stärker weg von den dezentralen Treffs und wieder hin zu einem zentralen Treffpunkt.

Wir von der SPD fragen uns, wo die neue Zentrale für die Jugendarbeit entstehen soll wenn das Hotel am Main tatsächlich ein mal gebaut werden sollte. Hier sind wichtige Entscheidungen zu fällen – und zwar zeitnah.

In diesem Zusammenhang lassen Sie mich auch noch kurz auf das Thema „Haus Mariental“ eingehen.

Nachdem nun das Kind schon fast in den Brunnen gefallen ist hat man festgestellt, dass für die

Definition der Größenordnung doch eine Bedarfsplanung sinnvoll wäre.

Diese Bedarfsplanung soll nun mit einem Büro in Zusammenarbeit mit dem Landratsamt erstellt werden. Leider liegen aber die Anträge des Hauses Mariental nun schon sehr lange auf dem Tisch. Wieder einmal ein Beispiel für ein chaotisches und unkoordiniertes Vorgehen. Wäre es nicht sinnvoll gewesen, sich sofort nach Eingang des Antrags mit dem Antragsteller und der einen oder anderen Firma, die in diesem Gebiet angesiedelt ist und Kinder von Mitarbeitern in die Mittagsbetreuung geben würden, an einen Tisch zu setzen und konkret zu planen. Nein, erst nach heftigen Diskussionen im Stadtrat wird nun besagte Bedarfsplanung erstellt. Derweil füllt sich das Loch in der Flugplatzstraße mit Wasser.

Dies führt mich zu guter Letzt zu Studie Nummer drei oder vier, je nach dem wie man zählt.

Uns ist durchaus bekannt, dass die Verwaltung der Stadt Kitzingen einen sehr großen Aufgabenbereich abzudecken hat und dadurch Manches zwangsläufig zu kurz kommen muss. Diese Leistung erkennen wir an und wir sind die Letzten, die an dieser angespannten Situation Gefallen finden.

Aber auch in der Vergangenheit gab es große Aufgaben zu bewältigen. Lassen Sie mich nur Einige nennen: Bau der Nordtangente, Bau der Nordbrücke, Planung der Mondseebrücke, Vorbereitung des Gartenschaukonzeptes (ohne dieses hätte die Stadt Kitzingen den Zuschlag nie bekommen), Umbau der Schulen, Abzug der Amerikaner und damit intensive Auseinandersetzung mit dem Thema Konversion, Planung des Aquasole Hallenbades und so weiter.

Auch damals war die Verwaltung über und über eingedeckt mit Aufgaben, die zu erfüllen waren. Im Gegensatz zu damals kommt es aber jetzt zu einer beängstigenden Anzahl von Krankheitsfällen, Burnout-Syndromen und einer übermäßig großen Fluktuation im Bereich der Leitungspositionen. Ein Organisationsgutachten soll uns des Rätsels Lösung bringen. Ich ganz persönlich –und das ist nicht unbedingt die Meinung meiner Fraktion– denke, dass man sich das Geld dafür sparen könnte.

Die Definition der Ziele, die Priorisierung der Aufgaben, das Verteilen der Verantwortlichkeiten und die Organisation der Umsetzung sind die vornehmste Aufgabe eines Oberbürgermeisters. Ich hoffe nicht, dass das Gutachten nur als Alibi dient, um unpopuläre Maßnahmen zu rechtfertigen. Führungspersönlichkeiten erkennt man am Mut auch schwierige Entscheidungen zu treffen. Diese Aufgabenstellung bleibt Ihnen, mit oder ohne Gutachten.

Trotz der aufgezeigten Unzulänglichkeiten und der aus unserer Sicht, in einigen Fällen fragwürdigen Schwerpunktsetzung stimmt die SPD-Fraktion dem Haushalt zu.

Sehr geehrter Herr Rodamer, vielen Dank an Sie und Ihr Team für die Erarbeitung des Haushaltes 2011.

Es war der letzte Haushalt der Stadt Kitzingen, der unter Ihrer Regie erarbeitet wurde.

Wir möchten uns mit dieser Rose ganz herzlich für Ihre kompetente Mitarbeit und freundliche Art

Haushaltsrede 2011 - SPD

und Weise bedanken, wie Sie uns Unwissenden so manchen Sachverhalt erklärt haben. Mit großem Engagement haben Sie es trotz vieler widriger Umstände immer wieder geschafft, einen Haushalt aufzustellen, der von allen Seiten akzeptiert wurde. Daher nehmen Sie diese Rose als Symbol der Dankbarkeit der SPD-Fraktion und denken Sie an uns, so wie wir an Sie denken werden.

Herr Weber, wenn der Haushalt nächstes Jahr, den Sie uns präsentieren genauso ausgeklügelt und akzeptabel ist, werden wir uns auch für Sie eine Überraschung überlegen.

Vielen Dank.



31. März 2011

Haushaltsrede zum Haushaltsplan des Jahres 2011 der Stadt Kitzingen

Es gilt das gesprochene Wort!

Begrüßung

Das Haushaltsjahr 2011 hat nach zwei kritischen Jahren eine gewisse „Großzügigkeit“ bei einigen Investitionen gezeigt.

Sehr schnell wurde die in den Jahren 2009 / 2010 zu bewältigende globale Finanz- und Wirtschaftskrise, die auch Kitzingen erfasst hatte, auf die Seite gelegt und oftmals gelassen beraten, wenn auch vier Tage lang andauernd, der Vermögens-Haushalt ausgiebig, der Verwaltungshaushalt im Schnelldurchgang und der Stellenplan hastig mit noch offenen Punkten beendet. Kaum zu glauben, so erreichte uns gestern noch eine E-Mail der Verwaltung auf ergänzende Angaben zum Stellenplan 2011.

Schon vergessen: Die Ausgaben werden durch die Einnahmen bestimmt!

Herr Rodamer hat uns dies mit der Vorlage seines letzten „Haushaltplanes“, vor seinem wohlverdienten Ruhestand, noch einmal klar und deutlich mit Zahlen belegt.

2011 können wir hauptsächlich mit Gewerbesteuer-Nachzahlungen und Mehreinnahmen, die erhöhten Belastungen von laufenden und anstehenden Maßnahmen ausgleichen und weitere Investitionsprojekte schultern. Es muss uns aber auch bewusst sein, dass die nächsten Finanzplanungsjahre nicht unbedingt rosig sind und uns ein „Auf“, mehr aber ein „Ab“ (Jahre 2012 + 2014) bescheren.

Das Haushaltsjahr 2011 wird die Stadt Kitzingen in vielerlei Hinsicht mit gravierenden Maßnahmen und Vorhaben in Atem halten. Es gibt noch einiges aufzuarbeiten, Kritisches im Einvernehmen bestmöglich zu klären und die Finanzen nicht außer Acht zu lassen. Jedes neue Haushaltsjahr gibt uns aber auch die Chance, Neues anzupacken, mutig zu sein, nach vorne zu blicken und zu entscheiden, auch zügig zu entscheiden, das muss manchmal noch geübt werden! So können, ja müssen wir einige laufende Projekte beenden.

Fertigstellungen

Endlich soll es soweit sein: Der *Tangentenring* wird sich am Viadukt schließen. Hier werden uns vermutlich, die dann laufenden Verkehrsströme noch gewaltige Kopfschmerzen bereiten.

Und der von den **Freien Wählern** von Anfang an beantragte Kreisverkehr wird zum *ewigen Wunschtraum* werden! Wie wird die Zufahrt zur Innenstadt weiter verkräftet, z.B. über den Krainberg? Ist das auf die Dauer zumutbar?

Die *Mainpromenade*, unsere neue Flaniermeile am Mainufer, lädt ein und die neue Schiffsanlegestelle soll die angekündigten Gäste in die Innenstadt bringen

Die *Friedrich-Ebert-Straße*, eine kritische Baustelle wird fertig, das Bahnhofsumfeld lässt noch hoffen, wie lange?

Die „*Mondseebrücke*“ bürdet uns erhebliche Mehrkosten und Sorgen auf, im Nachhinein gesehen, ging diese Planung und Ausführung, am Zahlenwerk der „Wirtschaftlichkeits-Berechnung“ vorbei. Die Fertigstellung verzögert sich erheblich!

„*Soziale Stadt*“ – die Weiterführung ist angestrebt. Für die Stadt gibt es angekündigte Rückschläge durch Kürzung der staatlichen Fördermittel. Andere Zuschuss-Töpfe müssen in Betracht gezogen werden, hier heißt es Prioritäten setzen, um das bestmögliche der Wunschliste umzusetzen.

Weitere *Bau- und Brandschutzmaßnahmen*, energetische Sanierungen, in Schulen, Sportstätten und Kinderbetreuungs-Einrichtungen, erfordern einen großen Einsatz der Verwaltung. Hier möchte ich berichtigen, dass die **Freien Wähler** und die CSU den Antrag zur Sanierung der Laufbahn im letzten Haushalt beantrag haben, also nicht nur CSU-Antrag!

Zu Hort und Bildungseinrichtungen.

- Die Stadt Kitzingen ist hier ganz bestimmt kein Schlusslicht, sondern hat vielschichtig investiert. Wir, die *Freien Wähler* sind für Hort und Bildungs-Einrichtungen. Das ist eine gute Investition in die Zukunft.
- Wir sehen jedoch bei neuen externen Planungen von Betreuungs-Einrichtungen, die Prüfung einer Bedarfsnotwendigkeit in Größe und Umfang, unter Einbeziehung bestehender bzw. bereits geplanter weiterer Einrichtungen oder von Angeboten der Mitbenutzung Die verschiedenartigen Anforderungen und die Notwendigkeit der zu Betreuenden sind dabei nach den gegebenen Zahlen mit zu berücksichtigen.
- **Die Verantwortung zur Prüfung ... haben wir alle! Und diese Verantwortung kann nicht zum Schlagabtausch bei der Erhaschung von Sympathien vernachlässigt werden.**

Kreisel am E-Center

Dieser Zickzack-Kurs einiger Fraktionen ist kaum nachvollziehbar, seit 2007 läuft unser geprüfter Antrag, die Verkehrszählung des Straßenbauamtes bestätigte die Notwendigkeit des Kreisels mehrfach. Die Baumaßnahme wird durch das Straßenbauamt durchgeführt und gefördert, so dass der Anteil der Stadt für die verpflichtende Verkehrssicherheit der Bürgerinnen und Bürger, im Verhältnis gering ist.

Wir hätten auch gerne die Ergänzung mit dem Anschluss „Alte Marktbreiter Straße“ gehabt. Zu viele Diskussionen aus verschiedenen Richtungen wurden jedoch hierzu geführt Fazit: *Manchmal ist ...weniger.... mehr!*

Konversion die große Herausforderung für die Stadt Kitzingen. Wir sind auf einem guten Weg für: *Larson Barracks* mit INNOPARK, *Richthofen Circle* mit Freizeit-Einrichtung *Corlette Circle* mit Wohnen, Vermieten...

- *Harvey Barracks* und Sonderlandeplatz werfen Fragen auf!

Der Antrag vom letzten Jahr hat geholfen, gemeinsam an einem Tisch die Wege „Konversion“ zu ebnet und kritische Fragen mit den Verantwortlichen, auch BImA zu klären, leider wird hiervon schon wieder teilweise abgewichen, das ist nicht förderlich!

Ein Glückstreffer ist natürlich in diesem Jahr 87 Tage pur, das einmalige Erlebnis der „*Kleinen Gartenschau*“ – „*Natur in Kitzingen*“ – NIK 2011, trotz erheblicher Investitionen wurde für die Zukunft Kitzingens Bleibendes geschaffen. Kitzingen hat die große Chance sich zu präsentieren, als die „Tourismus-Stadt“ – die „Gartenstadt am Main“! „*Natur in Kitzingen*“ bringt auch für unseren Tourismus einen weiteren großen Aufschwung, auch der Einzelhandel und der Hotel- und Gaststättenbereich können gewaltig dadurch gewinnen, hier müssen jedoch noch einige Anstöße und Aktivitäten erfolgen, damit mit mehr Optimismus und gut überdachter Planung das bestmögliche Ziel aus diesem Ereignis auch für die Innenstadt erreicht wird. Auch der Stadtmarketingverein ist hier angesprochen!

Freuen wir uns auf die tausenden Besucher und Gäste in unserer Stadt. Wir haben es mit in der Hand, dass unsere „*Kleine Gartenschau*“, der „*Blütensommer*“ in Kitzingen, ein voller Erfolg wird!

Wirtschaftsförderung ein wichtiger Faktor

Unter diesem Aspekt ist auch die Erweiterung des *Wohnmobil-Stellplatzes* zu sehen und von uns beantragt worden, die Kollegen, die dem zweifelnd gegenüber standen, sollten sich einmal bei den Geschäftsleuten informieren! Die Wohnmobilisten gehen in Kitzingen, in der Innenstadt einkaufen! Das ist aktive und mannigfach praktizierte Förderung des Einzelhandels und der Gastronomie! Und Werbung für Kitzingen! Wir hoffen nun, dass im Frühjahr 2012 die komplette Erweiterung erfolgen kann.

Zum Veranstaltungskalender, Hinweis an SPD: Dieser besteht bei uns, auch im Internet einsehbar. Der Landkreis Kitzingen, die Gastlichen Fünf, haben mit der Tourist-Info Kitzingen, einen gemeinsam Veranstaltungskalender in Katalogform und im Internet. Nach Aufruf müssen die Termine im Oktober für das folgende Jahr gemeldet werden. Trotzdem gibt es mehrere Termine an einem Wochenende, weil nicht alle gemeldet, noch nicht bekannt oder nicht gewollt sind. Nicht alle „gemeinsamen“ Termine werden als „Wettbewerb“ gesehen.

Energie-Sparmaßnahmen in vielfältiger Weise prägen das Umweltbewusstsein

Wir warten auf die Ergebnisse der Energie-Agentur Oberfranken und die Umsetzung in den verschiedenen Bereichen. Wir erinnern an unsere Anträge zu den Haushalts-Beratungen der letzten drei Jahre, das „*Fifty-Fifty-Programm*“ z.B. bei den Schulen und verschiedenen städtischen Einrichtungen anzugehen.

Das ebenfalls bereits seit Jahren angemahnte Gebäude- und Energiemanagement steht immer noch aus! Seminare dazu wurden von Mitarbeitern ausreichend besucht.

Zur Personalpolitik noch ein Wort

Dem von uns vorgeschlagenen Organisations-Gutachten, das auch von der Verwaltung befürwortet war, wurde in diesem Jahr mehrheitlich zugestimmt.

Die Werthaltigkeit, die klare und deutlich vorgegebene Organisationsstruktur, das notwendige Personalbudget mit Einsatz, Leistungsanforderung und Einstufung ist von allen dann anzuerkennen und die Basis für ein neu strukturiertes Miteinander zwischen Oberbürgermeister – Verwaltung – Stadtrat.

Aussicht, Zukunft, Jahr 2011

Oberbürgermeister und Stadtrat tragen eine hohe Verantwortung und bestimmen die Richtung nach den vorgegebenen haushaltsrechtlichen und gesetzlichen Bestimmungen, dies natürlich in guter Zusammenarbeit mit der Verwaltung. Es gibt sehr viel und das oft unter Zeitdruck zu bewältigen. Die Ernsthaftigkeit, das Beste für unsere Heimatstadt zu erreichen muss immer im Vordergrund stehen!

Sollte es in einer Firma, z.B. in der Firma „Stadt Kitzingen“, im Innenverhältnis einmal kriseln oder Widersprüche geben, das kommt auch in großen Wirtschaftsunternehmen und in den besten Familien vor, dann muss das mit Respekt und Achtung im Innenverhältnis auch wieder selbst bereinigt, **und nicht nach „außen“ als Unterhaltungswert“ getragen werden!**

Meine Frage: Muss sich diese „Außen-Unterhaltung“, nun schon kontinuierlich seit rund 10 Jahren, immer zum Jahresschluss und / oder zur Haushaltsverabschiedung hervor gekramt, wiederholen?

Gehen wir doch die gesteckten Ziele respektvoll gemeinsam an, auch unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger. Ein erfolgreiches Miteinander ist sicher gegeben! Anregung dazu gibt auch ein Zitat von *Christian, Friedrich Hebbel*

An kleinen Dingen muss man sich nicht stoßen, wenn man zu großen auf dem Weg ist!

Unser Dank gilt:

- Ihnen, Herr Oberbürgermeister und der Verwaltung für die Unterstützung im abgelaufenen Jahr.
- Danke an die Kämmerei, Ihnen Herr Rodamer und Ihnen Frau Heger, sowie Ihren Mitarbeitern/Innen für die tatkräftigen Vorbereitungen
- Ihnen Herr Weber, unserem neuen Kämmerer, wünschen wir stets eine glückliche Hand, bei den nicht immer leichten Vorgaben zur Haushaltserstellung und damit verbunden, verantwortungsvoll den möglichen finanziellen Spielraum abzuwägen.
- Danke an Frau Erdel, die mit ihrem für die Stadt breiten Tätigkeitsfeld der Rechnungsprüfung, einen wertvollen Beitrag leistet. Sicher nicht immer zur Freude einzelner Ämter. Sehen Sie es einmal als wertvolle, Schaden abwendende Unterstützung an!
- Danke den Kitzingern, die ihre Heimatstadt lieben, für sie werben, Anregungen und Ideen einbringen, bei Arbeitskreisen mitwirken und viel Engagement zeigen!
- Vereinsarbeit im Zeichen der Mitmenschlichkeit ist hoch anzurechnen! Danke an alle Ehrenamtlichen in den Hilfsorganisationen: FFW, THW, BRK und den vielen Vereinen, die beste Bürgerarbeit und vor allem auch sehr gute Jugendarbeit ohne große Worte leisten.

Haushalt 2011

- dem vorgelegten Haushaltsplan, der mittelfristigen Finanzplanung,
- dem Haushaltsplan der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe
- **stimmen wir zu**

dem Stellenplan stimmen wir **nur mit dem Vorbehalt zu**, dass die noch offenen und teils mit dem gestrigen E-Mail angekündigten Veränderungen/Ergänzungen in der nächsten Stadtratsitzung oder der angekündigten Sondersitzung abschließend beraten werden.

Jutta Wallrapp

FW-FBW Fraktionsvorsitzende

HAUSHALT 2011 Stellungnahme der KIK-Fraktion

31.3.2011

Die KIK wird in diesem Jahr nicht auf die Missstände, Fehlentwicklungen und Probleme des vergangenen Jahres eingehen. Das haben andere bereits getan.

Kritik an der Politik des vergangenen Jahres ist mehr als angebracht, denn KT entwickelt sich nicht weiter, sondern im Gegenteil, KT stagniert und verliert an Substanz, und die Stadtpolitik büßt Glaubwürdigkeit und Vertrauen ein.

Es erscheint uns mehr als sinnlos im Nachhinein zu kritisieren, da man nicht bereits im Vorfeld bereit war alles zu tun, um diese absehbaren Pleiten und Pannen zu verhindern.

Die Verabschiedung des HH gibt Gelegenheit einmal grundsätzlich über Lösungsansätze nachzudenken, die dazu beitragen könnten, die Arbeit im Stadtrat und bei den HHBeratungen zu verbessern.

Mit 5 Anträgen wollen wir aufzeigen, welche Änderungen vorgenommen werden müssen, um die HHBeratungen wieder zu einem verlässlichen Instrument der Kommunalpolitik werden zu lassen.

Es hat Zeiten gegeben, als der Städt. HH als das Gebetbuch für Stadträte und Verwaltung galt. Er war etwas, auf das man sich verlassen konnte. Da waren Vorschriften und Grundsätze, die man aufs Genaueste beachtete. Es ging damals wie heute um Geld, um das Steuergeld der Bürger. Der sorgsame und sparsame Umgang mit den Finanzen war Teil der Verantwortung. Beim HH ging es um Klarheit und Wahrheit.

Heute existiert ein komplett anderes Verhältnis zum Umgang mit Geld, speziell wenn man treuhänderisch mit dem Geld anderer umgeht.

Hier wurden nicht nur bei den Banken neue Maßstäbe gesetzt.

Zu Recht ist das Vertrauen der Bürger in die Banken einem berechtigten Misstrauen gewichen.

Aber sieht es innerhalb der kommunalen Finanzen anders aus? Wird da die viel beschworene Transparenz von Verwaltungsvorgängen und die umfassende Information für die Stadträte gewährleistet ?

Von der Informationen und Beteiligung der Bürger will ich erst gar nicht reden.

4 Tage lang hat der Stadtrat getagt und sich mit dem HH-Entwurf herumgeschlagen und sich im Anschluss quer durch alle Fraktionen gefragt:

Wozu? Was hat das gebracht ? Im Endeffekt: Nichts!

Die Bürger müssen das bereits gewusst haben, sie sind erst gar nicht in die Sitzungen gekommen.

Unter solchen Umständen muss man sich die Frage stellen: Warum hat die Mehrheit der Stadträte das Gefühl, dass wir uns die ganze Übung hätten sparen können? Was sind die Ursachen für diese negative Entwicklung und woran krankt dieses gegenwärtig praktizierte System?

Bei diesem Punkt nimmt das Problem schon seinen Lauf. Wenn man eine Praxis als untauglich erkennt, dann muss man darüber reden und nach neuen Ansätzen suchen.

Aber schon das geht nicht, da solche Grundsatzdiskussionen im Rathaus generell unerwünscht sind. Sie kennen alle die Situation: Entweder blockt der OB mit seinem Standardausspruch: Keine Grundsatzdiskussionen! den Einstieg in eine inhaltliche Auseinandersetzung oder ein gefrusteter Stadtrat interveniert mit einem Antrag auf Ende der Diskussion.

Sprachlosigkeit tritt an die Stelle von Politik und der Suche nach den besten Lösungen. Die Vorschläge der Verwaltung werden uns als alternativlos verkauft.

Bei näherem Betrachten hält die Qualität dieser Vorlagen aber meist keiner Belastung stand.

Und dann noch der Zeitfaktor. Alles muss schnell gehen. Keiner will sich mehr Zeit nehmen. Aber gerade dafür wurden wir ins Mandat gewählt, um stellvertretend für die Bürger nicht nur nach einer, sondern nach der b e s t e n Lösung für KT zu suchen.

Jedem im Haus ist klar, dass durch Blockieren kein Fortschritt zu erzielen ist. Trotz dieser Erkenntnis findet sich keine Mehrheit im SR, die entweder den OB in die Schranken weist oder konsequent eine Lösung des Problems einfordert.

Es ist kein gangbarer Weg, wenn im Herbst die Stadtkämmerei mühsam einen HHEntwurf erstellt, dabei die ganzen damit zusammenhängenden Informationen bei sich hortet und dem SR dann im Februar ein in sich mathematisch stimmiges Machwerk vorlegt und dann erst nach den Vorstellungen der SR-Fraktionen zum Entwurf fragt.

Schon an dieser Reihenfolge kann abgelesen werden, welchen Stellenwert der SR und dessen Funktion für die Verwaltung einnimmt.

Ich will der Verwaltung nichts unterstellen, aber sie hat über die Jahre hinweg erkannt, dass dieser Verfahrensweg der einzig richtige sei, wenn die Mehrheit des SRs mit dem komplexen Zahlenwerk überfordert ist oder wenn viele SR sich schlichtweg nicht die Zeit nehmen die Zahlenkolonnen zu analysieren, zu interpretieren, um daraus schlüssige Anträge formulieren zu können.

Noch gilt der Grundsatz:

Der Stadtrat mit den einzelnen Fraktionen bestimmt die Stadtpolitik und damit auch die Finanzpolitik.

Nicht der Verwaltung, sondern ausschließlich dem SR steht es zu, eine politische Gewichtung der städt. Entwicklung im HH vorzunehmen.

Realität ist aber in der jetzigen Vorgehensweise, dass der vorgefertigte HHEntwurf seitens der Urheber mehr als beharrlich gegen die vermeintlichen Angriffe aus der Mitte der SR verteidigt wird, um das, als optimal eingeschätzte Zahlenwerk, nicht im Grundsatz zerstören zu lassen.

Diese Praxis ist untauglich und nicht zukunftsfähig.

Die KIK-Fraktion beantragt daher ab dem HH 2012 die Fraktionen bereits im August aufzufordern, zusammen mit den Meldungen der Ämter, ihre Vorstellungen zum HH einzubringen. Diese Anmeldungen sind dann von der Kämmerei in den zu erstellenden HHEntwurf einzuarbeiten.

In diesem Zusammenhang werden Sie dann feststellen, dass Sie konkrete Informationen benötigen, um Ihre HH-Anmeldungen zu untermauern.

Und genau diese Informationen fehlen Ihnen heute. Der existierende Informationsvorsprung der Verwaltung wird gegenwärtig nur unter Zwang und wenn, dann in homöopathischen Dosierungen, an das Gremium weitergegeben.

Denn es gilt auch in KT: Nur wer über alle Informationen verfügt, kann Macht ausüben.

Machtausübung ist generell legal, wenn sie mit transparenten konkreten politischen Vorstellungen verbunden ist, mit denen die SR-Mehrheit konform geht.

Gegenwärtig können wir beides nicht erkennen: Weder die politische Zielvorstellung der Verwaltungsspitze, noch deren mehrheitliche Gefolgschaft im SR-Gremium.

Somit ist es an der Zeit den OB in die Pflicht zu nehmen, um die von ihm bei Amtsbeginn versprochene Transparenz der Verwaltungsarbeit auch konsequent in die Tat umsetzen zu lassen.

Hat der Stadtrat sich einmal vor den HHBeratungen verabredet, über finanzpolitische Erwägungen nachzudenken?

Z.B. Sollten wir sparen? Oder sollten wir alles zur Verfügung stehende Geld ausgeben, solange es die Rechtsaufsichtsbehörde erlaubt?

Sollten wir sicherstellen, dass wir alles tun, um unkontrollierte Kostenexplosionen zu verhindern? Welche Wege müssen wir gehen, um unvermeidbare Ausgaben (Straßen,Kanäle, Kläranlage) sicherzustellen?

Diesen Fragenkatalog kann man immer weiter fortführen.

Aber man kann sich im KT-Stadtrat zu keiner Antwort auf diese Fragen durchringen.

Jeder Versuch, solche Fragen aufzuwerfen, wurde bislang im Keim erstickt.

Die KIK-Fraktion sieht diese Defizite in der Stadtratspolitik und versucht im SR diese konstant zu thematisieren.

Verschieben, vertagen, ignorieren und wegschauen führt nicht zu Lösungen!

Der massive Probleberg, den wir vor uns herschieben, gewinnt jährlich an Volumen.

Unter diesen Vorzeichen ist es absehbar, wann wir nicht mehr eigenverantwortlich unsere Stadtpolitik betreiben werden können und dass wir unter das Kuratell einer vorgesetzten Behörde gestellt werden.

An diesem Grenzbereich sind wir bereits angelangt.

Gegenwärtig verabschieden wir den JahresHH erst Ende März.

Rechnet man die Prüfungsphase der Rechtsaufsicht hinzu, wird es Jahresmitte, bis unser HH Rechtskraft erlangt.

Diese Praxis widerspricht eindeutig der staatl. Vorschrift den HH am Ende des Vorjahrs zu verabschieden, um im laufenden HH-Jahr ohne Einschränkungen wirtschaften zu können.

Die Kämmerei entschuldigt ihre alljährliche Verspätung mit den erst im Frühjahr vorliegenden Rahmendaten der Staatsregierung, mit der generellen Praxis der Kommunen in Bayern und mit der ebenfalls verspäteten Verabschiedung des LandkreisHH.

Folgt man dieser Argumentation in aller Konsequenz, dann wäre es für die Kämmerei am sichersten den HH erst am Jahresende aufzustellen. Dann hätte man für alles die gewünschten gesicherten Zahlen.

Diesem Deuten auf andere, die ebenfalls immer zu spät agieren, widersprechen aber die Auflagen der HH-Bestimmungen und die Tatsache, dass das BayLM kontinuierlich die notwendigen Orientierungsdaten und Prognosen bereits für 4 Jahre im Voraus an die Kommunen schickt und sie zudem vierteljährlich aktualisiert.

Sich hinter anderen Kommunen zu verstecken, die sich keiner HH-Disziplin unterwerfen, ist nicht relevant, selbst nicht hinter einem LRA KT, das ebenfalls die Zeitvorgabe nicht einhält.

Es ist traurig genug, dass eine Rechtsaufsichtsbehörde, die die Einhaltung der staatl. Vorschriften gewährleisten soll, sich selbst nicht in der Lage sieht oder willens ist, als Vorbild voranzugehen.

Aber es gibt genügend Städte in Bayern, die bereits bewiesen haben, dass es möglich ist im Nov. oder Dez. des Vorjahres den HH zu verabschieden.

Deshalb auch der KIK-Antrag, dass die Stadt KT alle notwendigen Vorkehrungen trifft, damit zukünftig die gesetzlichen Vorgaben des Aufstellungstermines eingehalten werden.

Wir haben den neuen Kämmerer u.a. unter dem Gesichtspunkt >Einführung der Doppik< eingestellt.

Vom BayStMI werden nun 2011 die Musterentwürfe zur Einführung der Doppelten Buchführung als Orientierungshilfe an die Kommunen abgegeben.

Was spricht also jetzt noch gegen die Einführung der Doppik in Kitzingen?

Mit der Einführung der Doppik wäre es für die Politik möglich, sich mit mehr Daten zu versorgen, die jährlichen Belastungen würden deutlicher, die wirtschaftliche Aufgabenerledigung kann besser kontrolliert werden, es können Vergleiche angestellt werden zu anderen Kommunen.

Alles Vorteile, die uns das jetzige kameralistische System nicht bieten kann. Wir haben mit der EDV und dem neuen Kämmerer bereits die Voraussetzungen zur Einführung der Doppik geschaffen, sodass wir, die SRe, aber auch die Bevölkerung, sich besser und jederzeit umfassend über die Finanzsituation unserer Stadt informieren könnten.

Was hält uns eigentlich davon ab, diesen Schritt zur Verbesserung endlich zu gehen?

Die KIK-Fraktion stellt den Antrag verwaltungsintern alle Vorkehrungen zu treffen den Haushalt ab 2012 nach dem NKF-System der Doppik zu erstellen.

Ein Grund der permanenten Unzufriedenheit ist auch der konstante Rückzug der Verwaltung auf eine pure Fortschreibung der Politik der Vorjahre, ohne die Altbeschlüsse noch jemals auf ihre Relevanz, auf ihre Zukunftsfähigkeit zu überprüfen.

Darüber hinaus kennt jeder die Situation: Alles was heuer nicht mehr in den HH passt, wird in die nächsten Jahre geschoben.

Das sind genau die Festlegungen und Verpflichtungen, die uns im kommenden Jahr noch unbeweglicher machen, als wir es in diesem Jahr schon sind. Es führt dazu, dass sich der SR nicht mehr bewegen und nahezu keine neuen Projekte angehen kann. Wir sind schlichtweg handlungsunfähig.

Diesen Teufelskreis gilt es zu durchbrechen.

Und es ist machbar, wenn Sie bereit wären, nach einem generellen Kassensturz neue, zeitgemäße Schwerpunkte und politische Zielsetzungen zu definieren, die der Mehrheit der Kitzinger Bevölkerung zugute kommen.

Dazu braucht es natürlich auch ein generelles Umdenken in der Verwaltung und eine Neustrukturierung hin zu einer effektiv arbeitenden Verwaltung.

Der Bereich Stellenplan und Städt. Personal wurde auch dieses Jahr im Galopp durchritten. Mit dieser Methode werden wir weder unserem Personal noch den existierenden Problemen im Rathaus gerecht.

Bis heute wurde z.B. nicht geklärt, ob zukünftig im Bauamt verstärkt die Aufträge im Haus erledigt werden sollen oder nach außen vergeben werden.

Für solche grundlegenden Entscheidungen nimmt man sich nicht die Zeit, das wird die Verwaltung schon irgendwie regeln.

Hier liegt bereits der Zündstoff für weitere Konflikte.

Die KIK-Fraktion sieht in der Beauftragung eines Organisationsgutachtens keineswegs die Lösung aller Probleme.

Man kann die existierende Verwaltungsstruktur und deren Prüfung aus unterschiedlichen Blickwinkeln analysieren, je nach Intention. Was will aber der Stadtrat?

Wollen wir eine Effizienzsteigerung der Verwaltung, auch z.B. unter dem Aspekt der Personaleinsparung?

Dazu muss geklärt werden, was sind eigentlich die kommunalen Aufgabengebiete und sollen diese eingeschränkt oder gar erweitert werden?

Eine reine Ist-Zustandserfassung des Personals, also eine Befindlichkeitsstudie mit Grafiken und farbigen Statistiken ist hier nicht ausreichend.

Hier muss die gesamte Verwaltungsorganisation und das Personal auf den Prüfstand.

Hier müssen zukunftsfähige Modelle bis hin zum e-Government entwickelt werden, die eine komplette Umstrukturierung der Verwaltung ermöglichen.

So eine generelle Umstrukturierung erfolgt max. alle 10-15 Jahre.

Daher ist es nach unserer Auffassung auch notwendig, dass der Stadtrat vorab über die Vielfalt der Möglichkeiten von Analysen, Bewertungen, Ausrichtungen und Zielsetzungen unterrichtet würde.

Die Vergabe an eine kommunale Prüfungsstelle ist hier mit Vorbehalten zu sehen.

Es wäre zumindest angebracht gewesen, dem Stadtrat auch ein Unternehmen aus der freien Wirtschaft und dessen unterschiedliche Denkansätze vorzustellen.

Wenn wir über 200.000,- Euro ausgeben, dann sollte der SR unbedingt vorab über mögliche Alternativen informiert worden sein, damit er mehr als ein Ja oder Nein in die Auftragsvergabe einbringen kann.

Die KIK-Fraktion stellt den Antrag, vor Vergabe des Organisationsgutachtens an den Kommunalen Prüfungsverband auch Vergleichsangebote von freien Unternehmen einzuholen und die Systematik und Zielstellung eines solchen Gutachtens ausführlich zu beleuchten.

Die Einstellung der breiten Stadtratsmehrheit und der Stadtverwaltung zum Thema Einbeziehung unserer Bürger in die politische Entscheidungsfindung ist hinreichend bekannt.

Welche Auswirkungen die vorsätzliche Reduzierung der Wähler auf das 6-jährige Kreuzchen zeitigt, haben Sie in den letzten Wochen miterlebt.

Erfolgreiche Kommunalpolitik kann - auch wenn damit diverse Horrorszenarien bei einigen Politikern verbunden sind - zukünftig nicht mehr ohne Bürgerbeteiligung stattfinden.

Sie können jede kommunalpolitische Fachzeitschrift aufschlagen - überall springen Artikel und Berichte über die Notwendigkeit der Einbeziehung von Bürgern in die Stadtpolitik ins Auge.

Ob es der Bundespräsident ist, die Kanzlerin, die Parteispitzen, alle stellen sich an die Spitze der Bewegung für mehr Demokratie, mehr Transparenz und Einbeziehung der Bürger.

Wenn es Altötting schafft - sicherlich keine Hochburg linker Politik- im Rahmen des BÜRGERFORUMS 2011 sich an der neuen Bürgerdemokratie zu versuchen, dann sollte es den Kitzinger Kommunalpolitikern doch auch einsichtig sein, dass der Aufruf des Bundespräsidenten, in dem er die Kommunalparlamente auffordert

ihrer Rolle als Ort der Diskussion und Entscheidung besser gerecht werden, nicht falsch ist.

Repräsentative Demokratie dürfe nicht bedeuten, so der BP, dass die Bürger mit ihrer Stimme auch ihr politisches Engagement abgeben.

Auch er sieht - im manchmal leidenschaftlich geführten Streit um die öffentlichen Angelegenheiten - eine Chance für die Politik und fordert dafür eine Kultur der Offenheit.

Die KIK steht seit Jahren für diesen, manchmal auch steinigem Weg der Bürgerbeteiligung.

Die KIK-Fraktion beantragt daher - nachdem sich mittlerweile alle gesellschaftspolitisch relevanten Organisationen bedingungslos hinter diese Forderung stellen - im Kitzinger Stadtrat zu diskutieren, mit welcher Form der Bürgerbeteiligung, z.B. beim HH wir 2012 beginnen sollen.

Wir wissen, dass die Mehrheit des Stadtrates den Forderungen der KIK immer mit Skepsis, meistens aber mit Ablehnung begegnet.

Aber Fakt ist, dass die KIK sich intensiv mit der Kommunalpolitik und den gesellschaftlichen Entwicklungen auseinandersetzt.

Und dass wir frühzeitig sich ankündigende Entwicklungen diskutieren und prüfen im Hinblick auf ihre Relevanz für Kitzingen.

Aus diesen Erkenntnissen heraus ergeben sich für KIK zwangsläufig fortschrittlichere, aber auch konsequenter Standpunkte in der Rathauspolitik und die Notwendigkeit entsprechende politische Forderungen zu formulieren.

In der Summierung der Inhalte und in der politischen Konsequenz kann der HH 2011 unserem sicherlich hoch angesetzten Anspruch an eine zukunftsfähige Stadtentwicklungspolitik nicht gerecht werden.



ödp- Stadtratsgruppe

Andrea Schmidt
Texasweg 36
97318 Kitzingen

Jens Pauluhn
Am Wilhelmsbühl 12
97318 Kitzingen



Stadt Kitzingen
Kaiserstraße 13/ 15

97318 Kitzingen

28.03.2011

Haushalt 2011

,

Im Bereich unserer Daueraufgabe Konversion ist die Stadt inzwischen gut aufgestellt.

Externe Unterstützungen haben wir mitgetragen. Offensichtlich gilt : Es tut sich was :

Aber, die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung dürfen wir dabei nicht aus den

Augen verlieren.

Trotz der vielfältigen freiwilligen Leistungen-auch im Sozialen -brauchen wir uns gar nichts

Vormachen. Die ganz Schwachen auch in unserer Stadt haben es schwer und auch Sie

brauchen eine Lobby und Fürsprecher. Dies hat das ausgelaufene Projekt Wake Up

mehr als deutlich gezeigt. Wer den Bericht von Frau Sinn aufmerksam verfolgt hat,

wird feststellen müssen , dass hier ein Vakuum für viele hilfeschende Familien,

Alleinerziehende und Jugendliche entstanden ist.

Nicht nur deshalb halte ich auch die Verwirklichung des Projektes soziale Stadt aus dem Städtebauförderprogramm für unverzichtbar. Aus dem daraus erstellten Handlungs-Konzept wie auch aus der Bürgerbefragung im Sommer 2010 hat sich die Schaffung eines **Stadtteilzentrums** in der Siedlung als wichtigste, durchzuführende Maßnahme herauskristallisiert. Ein solches Stadtteilzentrum bietet ungeahnte Möglichkeiten einer lebendigen und bereichernden Begegnungsstätte für alle Schichten der Bevölkerung

Die bisherige Chronologie zeigt allerdings – und hierüber bin ich sehr enttäuscht – dass tatsächlich eine sehr zögerliche Handlungsweise und teilweise Verschleppung von Seiten der Verwaltung zu beobachten ist.

„**Soziale Stadt hat für OB Müller oberste Priorität**“ titelte die Kitzinger Zeitung eine Stellungnahme am 22. Dezember vergangenen Jahres.

Erfreulich stimmt uns die Nachricht, dass der von uns beantragte Gehstreifen in der Fußgängerzone für Menschen mit eingeschränkter Mobilität nun doch zum Tragen kommen kann, nachdem die Förderschädlichkeit wie sich herausgestellt hat, doch nicht gegeben ist.

Mehr als unglücklich war der bisherige Verlauf beim Thema Kinderhort Marienthal. Ein bewährter Träger mit guter Visitenkarte wurde erst einmal verprellt, weil dessen Vorstellungen an unseren zu starren Vorgaben scheiterten.

Beeinflusst werden und wurden all die vorgenannten Bereiche von unserer finanziellen Situation und hier im Besonderen von den vielen Investitionsentscheidungen der letzten Jahre, bzw. auch für dieses Haushaltsjahr.

Großzügigen Mittelbereitstellungen für Kreisel am E-Center, Behelfsausfahrt Nordtangente für NIK, oder die Erweiterung des Wohnmobilstellplatzes stehen 0,00 Euro für innerstädtischen Radwegeausbau oder längst überfällige Kanaluntersuchungen gegenüber.

Weitere finanzielle Unwägbarkeiten bestehen in fehlendem Brandschutz in städtischen Gebäuden Oder den nicht bezifferten Folgekosten von NIK

Weiterhin wird zwanghaft mit beträchtlichen finanziellen Mitteln der Sonderlandeplatz künstlich am Leben gehalten. Die nicht kalkulierbaren Kosten und Risiken vor Augen, sollten uns doch endlich zum Rückzug bewegen.

Positiv sehen wir die Personalmehrung im Bauamt. Diese wird dazu führen, dass Aussenvergaben und damit Kosten für Bauleistungen reduziert werden können.

Mehr als unzufrieden sind wir jedoch – wie schon eigentlich jedes Jahr – mit verschiedenen Abläufen in der Verwaltungsspitze. Ein Paradebeispiel im negativen Sinn war die Flächenentwicklung an der Armin-Knab-Str.

Im Prinzip wurden uns Informationen - wie sich im Nachhinein herausstellte – regelrecht vorenthalten. Dies widerspricht damit einmal mehr der vor der Wahl versprochenen Transparenz.

Wir hoffen deshalb, dass der von uns mit beantragte Mentor auch in diesem Bereich Möglichkeiten findet die zu einer Verbesserung der Informationspolitik und somit auch zu mehr Vertrauen zwischen Verwaltung und dem Stadtrat führt.

Ödp-stadtratsgruppe

Haushalt 2011

In 4 Abenden mit nahezu 17 Stunden Haushaltsbesprechungen, aber auch in nicht immer unbedingt zu einer Haushaltsberatung gehörenden Diskussion, haben wir viele wesentliche aber auch nach meiner Meinung teilweise unwesentliche Details eines Jahreshaushaltes besprochen und abgestimmt.

Um nach nunmehr 8 mehr oder minder ausführlichen Redebeiträgen und auch auf weitere wiederholte Wiederholungen zu verzichten, werde ich keine grundsätzlichen und auch keine zusätzlichen Ausführungen machen, - sodass -, man möge es mir verzeihen ein weiser Spruch von Wilhelm Shakespeare passend erscheint.

Er lautet:

„Wo Worte selten sind – haben sie Gewicht!“

Deshalb ganz kurz als Fazit des Entwurfs 2011. Trotz eines enormen Angebots an unsere Bürger und Gäste, wobei auch viel „wünschenswertes“, wie es uns Alt-Kämmerer schon so oft als Ausgabebremse gebraucht hat, haben wir einen Haushalt zur Verabschiedung vorliegen, der als zufriedenstellend angesehen werden kann.

Diese nun vorliegenden Eckdaten stecken den finanziellen Rahmen ab indem wir uns bewegen können, wobei es das erste Mal in meinen nun 33 Jahren sein würde, dass nicht im Laufe des Jahres Veränderungen, Anpassungen oder Verschiebungen vorgenommen werden müssten.

Ermöglicht haben dieses im Großen und Ganzen erfreuliche Zahlenwerk unsere Bürger/ innen durch ihren Fleiß, unsere Betriebe mit ihren Mitarbeitern/innen durch die Steuerzahlung, Gebühren und Abgaben, sowie natürlich auch das Land mit seinen verschiedenen Zuschüssen.

Dafür allen einen herzlichen Dank!

Nicht zuletzt danken möchten wir auch Ihnen, Herr Oberbürgermeister, allen Ihren Mitarbeitern/innen einschließlich unserer Beteiligungsunternehmen für die geleistete Arbeit – ich möchte sagen << oft auch in stürmischer See >>

Dem Haushalt 2011, der mittelfristigen Finanzplanung und allen Nebenplänen in den vorliegenden Fassungen stimmen wir Pro Kitzingen zu.